

Internationale Zusammenarbeit der Schweiz

Jahresbericht 2015



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Direktion für Entwicklung
und Zusammenarbeit DEZA

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

INHALT

HIGHLIGHTS	3
EDITORIAL	5
ENTWICKLUNGSPOLITISCHES UMFELD	6
KRISENPRÄVENTION UND NOTHILFE	8
Menschliches Leid lindern und verhindern	
Ostukraine: Trinkwasser für die Bevölkerung	
Von der Nothilfe zum Wiederaufbau in Nepal	
ZUGANG ZU RESSOURCEN UND DIENSTLEISTUNGEN	14
Gute Bildung, eine solide Basis für die Zukunft	
Selbstbestimmung auch in der Krise	
Die Mongolische Steppe an der Expo in Mailand	
FORSCHUNGSFENSTER	20
KULTURFENSTER	22
WO WIR ARBEITEN	24
NACHHALTIGES WIRTSCHAFTSWACHSTUM	26
Das richtige Geschäftsumfeld für mehr und bessere Jobs	
Lagebericht aus Mazedonien: Ein Markt, der niemanden ausgrenzt	
Faire Arbeitsplätze in Ghana	
DEMOKRATIE UND MARKTWIRTSCHAFT	32
Wenn die Bevölkerung auf Gemeindeebene mitbestimmt	
Slowakei: Ein Rezept für weniger Arbeitslosigkeit	
Ein starkes Finanzwesen für Kolumbien	
ENTWICKLUNGSFÖRDERNDE GLOBALISIERUNG	38
Bergbäuerinnen und Bergbauern trotz dem Klimawandel	
Wasser als Friedensquelle	
Die Diaspora – Motor der Entwicklung in Tunesien	
UNSERE PARTNER	44
MULTILATERALES	45
AUS ERFAHRUNGEN LERNEN	46
STATISTIKEN 2015	47

HIGHLIGHTS



MENSCHLICHES LEID LINDERN UND VERHINDERN

2015 waren über 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Damit haben die Flüchtlingsströme im zweiten Jahr in Folge ein seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr verzeichnetes Ausmass erreicht. Die Schweiz leistet Nothilfe, fördert Frieden und schafft Langzeitperspektiven vor Ort. (S. 8)



GUTE BILDUNG, EINE SOLIDE BASIS FÜR DIE ZUKUNFT

Bildung ermöglicht es Menschen, ihre Lebensbedingungen und die der Gesellschaft als Ganzes zu verbessern. Aber nur wenn sie qualitativ hochwertig und allen zugänglich ist, kann sie langfristig dabei helfen, Armut zu bekämpfen und Konflikten vorzubeugen. (S. 14)



DAS RICHTIGE GESCHÄFTSUMFELD FÜR MEHR UND BESSERE JOBS

Weltweit werden neun von zehn Jobs von der Privatwirtschaft bereitgestellt. Ein attraktives und zugleich nachhaltiges Geschäftsumfeld setzt aber wirksame staatliche Institutionen, gute öffentliche Dienstleistungen und verantwortungsvolle Unternehmensführung voraus. (S. 26)



WENN DIE BEVÖLKERUNG AUF GEMEINDEEBENE MITBESTIMMT

Jahrelange Korruption und Einschränkung persönlicher Freiheit haben in vielen ehemals kommunistischen Staaten das Vertrauen von Bürgerinnen und Bürgern in ihre Regierung schwinden lassen. Mit Initiativen auf lokaler Ebene setzt sich die Schweiz vor Ort für die Demokratieförderung ein. (S. 32)



BERGBÄUERINNEN UND BERGBAUERN TROTZEN DEM KLIMAWANDEL

In den Anden ist die Erderwärmung bereits Realität. Mit dem PACC-Projekt hilft die DEZA den Behörden und der Bevölkerung des peruanischen Hochlands, besser mit den Folgen des Klimawandels umzugehen. (S. 38)



SUSTAINABLE DEVELOPMENT GOALS

1 KEINE ARMUT

2 KEIN HUNGER

3 GESUNDHEIT UND WOHLERGEHEN

4 HOCHWERTIGE BILDUNG

5 GESCHLECHTERGLEICHHEIT

6 SAUBERES WASSER UND SANITÄREINRICHTUNGEN

7 BEZAHLBARE UND SAUBERE ENERGIE

8 MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT UND WIRTSCHAFTSWACHSTUM

9 INDUSTRIE, INNOVATION UND INFRASTRUKTUR

10 WENIGER UNGLEICHHEITEN

11 NACHHALTIGE STÄDTE UND GEMEINDEN

12 VERANTWORTUNGSVOLLER KONSUM UND PRODUKTION

13 MASSNAHMEN ZUM KLIMASCHUTZ

14 LEBEN UNTER WASSER

15 LEBEN AN LAND

16 FRIEDEN, GERECHTIGKEIT UND STARKE INSTITUTIONEN

17 PARTNERSCHAFTEN ZUR ERREICHUNG DER ZIELE


SUSTAINABLE DEVELOPMENT GOALS

2015 verabschiedete die Staatengemeinschaft die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Kernbestandteil dieses neuen Rahmenwerks zur Förderung von globaler Entwicklung, menschlichem Wohlergehen und Umweltschutz sind die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung («Sustainable Development Goals», SDGs) und deren 169 Unterziele. Die SDGs haben universelle Gültigkeit. Das bedeutet, dass alle Länder gemäss ihren Kapazitäten einen Beitrag zum Erreichen der Ziele leisten sollen.



MARIE-GABRIELLE INEICHEN-FLEISCH
STAATSSSEKRETÄRIN, DIREKTORIN SECO

MANUEL SAGER
BOTSCHAFTER, DIREKTOR DEZA

Liebe Leserinnen, liebe Leser

Es waren viele erfreuliche Fortschritte und wichtige Erfolge, die im vergangenen Jahr die internationale Zusammenarbeit der Schweiz geprägt haben. Mit gezielten Programmen und Projekten, konsequenter Resultatorientierung und systematischer Qualitätssicherung haben sich die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) und das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) auch 2015 für die Verringerung von Armut und globalen Risiken engagiert.

Auf multilateraler Ebene hat die internationale Staatengemeinschaft im vergangenen Jahr mit der Agenda 2030 ein wichtiges neues Rahmenwerk für globale nachhaltige Entwicklung verabschiedet. Diese Agenda unterscheidet sich von der vorangegangenen, den Millenniumsentwicklungszielen, insbesondere durch den ganzheitlichen Ansatz: Die 17 neuen Ziele integrieren nicht nur wirtschaftliche, soziale und ökologische Aspekte, sondern sie sind auch universell gültig. Das heisst, dass alle staatlichen, zivilgesellschaftlichen und privaten Akteure – von Ländern des Südens, wie des Nordens – zur Erreichung der Ziele beitragen. Die internationale Zusammenarbeit stellt einen Teil des Schweizer Engagements hierfür dar. Einen wichtigen Beitrag werden indes auch nationale Massnahmen leisten; es sind Beiträge, die wir alle in unserem Alltag erbringen können. Die Erkenntnis, dass nachhaltige Entwicklung auch in der Hand jeder einzelnen und jedes einzelnen von uns liegt, macht uns die Einflussmöglichkeiten und das weltweit enorme Potential unseres Handelns erst bewusst.

Einen weiteren Meilenstein der vergangenen Monate haben die DEZA und das SECO mit ihren gemeinsam veröffentlichten Berichten zu den Resultaten der Botschaft über die internationale Zusammenarbeit 2013–2016 gelegt. Diese zeigen auf, was funktioniert hat, legen aber auch Schwierigkeiten und Verbesserungsmöglichkeiten offen. Die Bilanz der Botschaftsperiode ist ermutigend und weist aus, was auch die Arbeit des vergangenen Jahres wieder gezeigt hat: Die Schweiz erzielt Wirkung. Sie ist durch ihre

Neutralität, ihre humanitäre Tradition, ihre wirtschaftliche Kraft, ihre demokratischen Grundwerte und die Qualität ihres Engagements sowohl in bilateralen Programmen und Projekten als auch multilateralen Foren eine kompetente, verlässliche und hochgeschätzte Partnerin.

Nebst diesen positiven Ereignissen sahen wir uns 2015 aber auch mit viel Leiden und menschlicher Tragik konfrontiert. Es waren die berührenden Schicksale von Menschen in Not, in Armut und auf der Flucht, die uns aufwühlten und zum Handeln antrieben. Hier hat die internationale Zusammenarbeit der Schweiz nicht nur Soforthilfe geleistet, sondern setzte sich auch dafür ein, dass mit den Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit die Ursachen der Krisen und Konflikte bekämpft werden.

Hilfe in Not und nachhaltige Entwicklung sind auch Kern der Botschaft über die internationale Zusammenarbeit der Schweiz 2017–2020, die von der DEZA, dem SECO und der Abteilung für menschliche Sicherheit (AMS) gemeinsam erarbeitet wurde und 2016 dem Parlament vorgelegt wird. Diese gemeinsame Planung der nächsten Botschaftsperiode ist ein ausgezeichnetes Zeugnis für die Zusammenarbeit öffentlicher Stellen im Dienste eines wirksamen und kohärenten Engagements.

Die folgenden Seiten geben einen Einblick, wie sich die DEZA und das SECO 2015 für die Menschen in ihren Partnerländern und auf multilateraler Ebene für ein Leben in Würde, ohne Mangel, ohne Gewalt und mit wirtschaftlichen Perspektiven – eine Welt ohne Armut und in Frieden, mit nachhaltiger Entwicklung – eingesetzt hat.

Wir wünschen Ihnen eine spannende Lektüre.

M.-G. Ineichen-Fleisch

Manuel Sager

2015: EIN MEILENSTEIN AUF DEM WEG ZU NACHHALTIGER ENTWICKLUNG

Das Jahr 2015 hat gezeigt, wie eng soziale, wirtschaftliche und ökologische Aspekte weltweit verknüpft sind. Ein starkes Engagement für nachhaltige Entwicklung ist wichtig, um die Ursachen von Krisen und Armut zu bekämpfen.

Die Partnerländer der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz sehen sich zusehends mit schwierigen Wirtschaftsbedingungen konfrontiert: Während sich die Weltwirtschaft in der ersten Jahreshälfte 2015 moderat positiv entwickelt hat, war das Wirtschaftswachstum in vielen Regionen geringer als erhofft. Sinkende Rohstoffpreise, geringere Kapitalströme in die Schwellen- und Entwicklungsländer sowie zunehmende Schwankungen an den Finanzmärkten trüben die weltweiten Wachstumsaussichten. Betroffen sind gerade auch die Entwicklungsländer.

2015 war auch von anhaltenden und neuen Krisen geprägt: Im fünften Jahr des syrischen Bürgerkriegs sind bei einer Gesamtbevölkerung von 18,2 Millionen rund 90 Prozent der Syrerinnen und Syrer von internationaler Hilfe abhängig. Im Jemen, wo die Lage in den vergangenen Monaten eskalierte, benötigen über 60 Prozent der Bevölkerung humanitäre Hilfe – 1,6 Millionen Jemeniten und Jemenitinnen leiden an akuter Unterernährung, davon rund 850 000 Kinder. Neben diesen medial präsenten humanitären Katastrophen, toben aber auch von den Medien oft vergessene Konflikte. So leiden beispielsweise die Bevölkerungen des Südsudan, des Sudan, der Demokratischen Republik Kongo und des Irak nach wie vor unter brutalster Gewalt.

Krisen zwingen Menschen zur Flucht

Die Auswirkungen politischer Krisen und humanitärer Katastrophen im Nahen Osten und auf dem afrikanischen Kontinent waren 2015 auch vermehrt in Europa spürbar. Es war eine historische Zahl Vertriebener und Hilfesuchender, die im vergangenen Jahr Schutz in europäischen Staaten suchte. Die Vereinten Nationen (UNO) beziffern die Zahl von Menschen auf der Flucht für 2015 auf rund 60 Millionen. Die Hauptlast der Flüchtlingsströme wird jedoch nicht von europäischen, sondern von den Herkunftsstaaten selbst und ihren Nachbarstaaten getragen. Einmal aus ihrer Heimat geflohen, leiden Flüchtlinge in vielen

Transitländern weiter. Denn oft fehlt es dort an Schutz und am Zugang zu lebenswichtiger Grundversorgung. Nebst akuter Nothilfe ist aber auch die Bekämpfung der Ursachen solcher humanitärer Krisen notwendig. Langfristiges Ziel der internationalen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Schweiz ist es denn auch, in den Herkunftsländern zu einem Umfeld beizutragen, das der Bevölkerung in ihrer Heimat Perspektiven eröffnet.



Prävention und Vorsorge spielen auch bei der Minderung der Risiken von Naturkatastrophen eine wichtige Rolle. 2015 wurde hierzu an der dritten UNO-Weltkonferenz zur Katastrophenvorsorge ein neues internationales Rahmenwerk unterzeichnet, an dem die Schweiz massgeblich beteiligt war. Das verheerende Erdbeben in Nepal hat abermals auf tragische Weise gezeigt, wie wichtig solche Bestrebungen sind. Denn nur durch vorausschauende Massnahmen kann das Risiko zukünftiger humanitärer Notstände dieser Art minimiert und bewältigt werden.

Von den Millenniumsentwicklungszielen zur Agenda 2030

2015 zog die Staatengemeinschaft zudem Bilanz zu den Millenniumsentwicklungszielen. In vielen Bereichen wurden erhebliche Fortschritte gemacht. So hat sich gemäss der UNO die Zahl der Kinder, die keine Schule besuchen, trotz

Bevölkerungswachstum von 100 Millionen im Jahr 2000 auf 57 Millionen im Jahr 2015 reduziert, während die globale Einschulungsrate für die Primarschule im selben Zeitraum von 83 Prozent auf 91 Prozent gestiegen ist. Auch in anderen Belangen können wichtige Erfolge verzeichnet werden. Im Wasserbereich beispielsweise, wo 1990 nur 76 Prozent der Weltbevölkerung verbesserten Trinkwasserzugang hatten, sind es 2015 rund 91 Prozent. Zudem ist der Anteil Menschen in Entwicklungsländern, die mit weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag auskommen müssen, also als extrem arm gelten, zwischen 1990 und 2015 von 47 Prozent auf 14 Prozent gesunken. Die sinkenden Zahlen für extreme Armut machen zwar Mut, doch Armut bleibt ein Problem: Weltweit müssen noch immer rund 2 Milliarden Menschen mit weniger als 2 US-Dollar pro Tag auskommen.

Die internationale Zusammenarbeit bleibt also trotz ermutigender Fortschritte gefordert: Im September des vergangenen Jahres wurde mit der Verabschiedung der Agenda 2030 ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg hin zu globaler nachhaltiger Entwicklung gelegt. Kernstück dieser Agenda sind die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDG). Nach einem dreijährigen, von der Schweiz massgeblich mitgeprägten Erarbeitungs- und Verhandlungsprozess, steht somit ein neuer umfassender Referenzrahmen für nachhaltige Entwicklung. Dieser ist in mehrfacher Hinsicht ein historischer Erfolg. Denn die Agenda berücksichtigt alle drei Dimensionen nachhaltiger Entwicklung – Wirtschaft, Soziales und Umwelt – und hat universelle Gültigkeit. Dies bedeutet, dass alle Länder und deren staatliche, zivilgesellschaftliche und private Akteure zur Erreichung der Ziele beitragen. Damit trägt die Agenda 2030 der Tatsache Rechnung, dass sich alle Länder gegenseitig beeinflussen, sowohl in ihren Schwierigkeiten als auch in ihren Lösungsbeiträgen. Sie ist zugleich auch ein Erfolg für das multilaterale System, das zur Lösung grenzüberschreitender, globaler Herausforderungen eine immer wichtigere Rolle spielt.

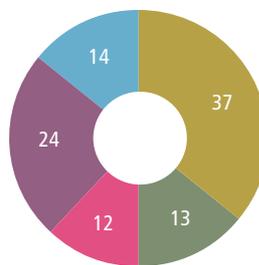
Erfolg misst sich an der Umsetzung

Um die notwendigen Mittel zur Umsetzung der ambitionierten Agenda 2030 bereitzustellen, wurde Mitte Juli 2015 nach zahlreichen Verhandlungsrunden die dritte internationale Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung in Addis Abeba abgehalten. Das dort verabschiedete Dokument, die «Addis Abeba Aktionsagenda», legt eine umfassende Finanzierungsgrundlage fest, die sowohl staatliche als auch private Akteure aller Länder in die Pflicht nimmt. Dies beispielsweise bei der Mobilisierung inländischer Ressourcen, der

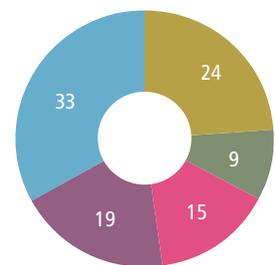
Thematisierung des Zusammenhangs zwischen Entwicklungszusammenarbeit und Handel oder dem stärkeren Miteinbezug des Privatsektors.

Der Erfolg der Agenda 2030 wird sich an deren Umsetzung messen. Diese wird nur gelingen, wenn alle relevanten Akteure ihren Beitrag leisten. Nach 2015 steht diesbezüglich für die internationale Zusammenarbeit der Schweiz mit der Verabschiedung der neuen Botschaft 2017–2020 bereits ein wichtiges Jahr bevor.

**DEZA BILATERAL
GEOGRAFISCHE
AUFTEILUNG 2015¹
(IN %)**



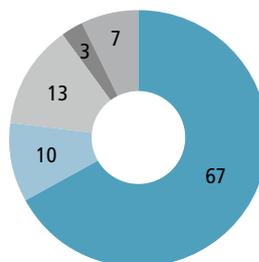
**SECO BILATERAL
GEOGRAFISCHE
AUFTEILUNG 2015¹
(IN %)**



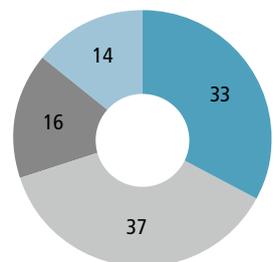
- Subsahara-Afrika
- Nordafrika, Naher und Mittlerer Osten
- Lateinamerika
- Asien
- Osteuropa und GUS

¹ Exkl. geografisch nicht zuteilbare Beiträge und EU-Erweiterungsbeitrag

**ÖFFENTLICHE
ENTWICKLUNGSHILFE
(APD) DER SCHWEIZ
2015 (IN %)**



**MULTILATERALE
APD
DER SCHWEIZ
2015 (IN %)**



- DEZA
- SECO
- Asylsuchende in der Schweiz (SEM)
- Frieden und Sicherheit (AMS/VBS)
- Andere
- UNO-Organisationen
- Internationale Entwicklungsorganisation (IDA)
- Internationale Finanzierungsinstitutionen (exkl. IDA)
- Andere internationale Organisationen



Flüchtlinge gehen auf ihrer Flucht im Regen die Zugschienen entlang. 2015 sind gemäss dem UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge mehr als 700 000 Menschen – vorwiegend aus Syrien, Afghanistan und dem Irak – über die Westbalkan-Route nach Mittel- und Nordeuropa gekommen. Die Hilfe der Schweiz setzt an verschiedenen Punkten an. Die DEZA engagiert sich in den von Krisen betroffenen Herkunftsländern und bietet in Zusammenarbeit mit dem Staatssekretariat für Migration (SEM) in den Transitländern Unterstützung.

MENSCHLICHES LEID LINDERN UND VERHINDERN

2015 waren über 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Damit haben die Flüchtlingsströme im zweiten Jahr in Folge ein seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr verzeichnetes Ausmass erreicht. Die Schweiz leistet Nothilfe, fördert Frieden und schafft Langzeitperspektiven vor Ort.

Bewaffnete Konflikte, Menschenrechtsverletzungen, Verstösse gegen das humanitäre Völkerrecht und verschlechterte Lebensbedingungen treiben Millionen Frauen, Männer und Kinder in die Flucht. Unter ihnen sind vor allem syrische Staatsangehörige, von denen 6,5 Millionen im eigenen Land vertrieben wurden und 4,3 Millionen in andere Länder geflohen sind. Die Zufluchtsländer haben über mehrere Jahre hinweg grosse Anstrengungen unternommen. Sie stossen jedoch immer mehr an die Grenzen ihrer Aufnahmekapazität. In ihrer Perspektivlosigkeit haben sich deshalb die syrischen und irakischen Flüchtlinge auf den Weg zu einem anderen Ziel gemacht: Europa. Im Sommer 2015 strömten Hunderttausende Menschen auf der Balkanroute in die Länder der Europäischen Union und setzten dabei mitunter ihr Leben aufs Spiel.

Vergessene Krisen

Zwar dominierten die Syrienkrise und ihre Auswirkungen auf den europäischen Kontinent die Schlagzeilen, doch traten menschliche Notlagen auch an anderen Orten der Welt zutage. Im Südsudan gerieten infolge von Gewalthandlungen 2,8 Millionen Menschen, d. h. ein Viertel der Bevölkerung, in eine prekäre Ernährungslage. Zudem sind im Land über 6,1 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen. Kritisch ist die Lage auch in der Zentralafrikanischen Republik, wo Tausende Zivilisten weiter unter den Folgen der religiös motivierten Kampfhandlungen leiden, die das Land seit 2013 erschüttern. Im Irak hängen 10 Millionen Menschen, also jeder dritte Einwohner, von humanitärer Hilfe ab. Im Jemen

sind es 21 Millionen. Auch in anderen Ländern wie dem Sudan und dem Besetzten Palästinensischen Gebiet erreicht der humanitäre Bedarf ein besorgniserregendes Ausmass.

Auswirkungen von Naturkatastrophen

2015 war auch geprägt von grossen Naturkatastrophen wie dem gewaltigen Erdbeben, das am 25. April einen Grossteil Nepals zerstörte. Myanmar wurde im Sommer von schweren Überschwemmungen heimgesucht. In anderen Ländern beeinträchtigten Erdbeben, Wirbelstürme, Dürren und andere Wetterereignisse das Leben von Millionen von Menschen. Umfang und Intensität dieser Phänomene haben zum Jahresende 2015 durch die mitunter heftigen Folgen von El Niño um ein Vielfaches zugenommen.

Kluft zwischen Bedarf und Ressourcen

Humanitäre Organisationen forderten 2015 etwa 20 Milliarden US-Dollar zur Bereitstellung lebensnotwendiger Hilfe für weltweit mehr als 70 Millionen Menschen. Trotz der Dringlichkeit der Lage sind die Hilfsprogramme nach wie vor weitgehend unterfinanziert: Die von den Geldgebern bereitgestellten 9,7 Milliarden US-Dollar decken knapp 49 Prozent des Bedarfs. Erklären lässt sich diese Differenz teilweise mit einer gewissen Verdrossenheit, die aufgrund der Langwierigkeit der Krisen unter den Geberländern herrscht.

Für Millionen Menschen hatte das chronische Defizit der Hilfsprogramme zur Folge, dass ihre täglichen Nahrungsmittelrationen sanken und



Intern Vertriebene in einem Flüchtlingslager in der Demokratischen Republik Kongo, wo die Bevölkerung noch immer unter Gewalt leidet.

ihnen medizinische Versorgung und andere grundlegende Dienste vorenthalten wurden. Tag für Tag verschlechterten sich ihre Lebensbedingungen, und die Abwanderung blieb ihnen als einzige Alternative zum Überleben vor Ort. Die Kluft zwischen Bedarf und Ressourcen zu schliessen ist angesichts dieser Tragödie enorm wichtig. Wichtig ist aber auch, Beiträge zur Lösung der verursachenden politischen Konflikte zu suchen.

Zusätzliche Mittel für Krisengebiete

Vor diesem Hintergrund beschloss der Bundesrat am 18. September 2015, die Mittel für humanitäre Hilfe im Zusammenhang mit den Krisen in Syrien, Irak und dem Horn von Afrika für 2015 und 2016 um insgesamt 70 Millionen Franken aufzustocken.

«Die humanitäre Hilfe der Schweiz stellt die Bedürfnisse der betroffenen Menschen ins Zentrum ihres Engagements.»

2015 dienten 30 Millionen zur Finanzierung der Hilfseinsätze von drei humanitären Organisationen, die sich in der Syrien- und Irakkrise engagieren: das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK), das UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) und das Welternährungsprogramm (WFP). Weitere 19 Millionen Franken der Aufstockung waren für Aktivitäten dieser Organisationen am Horn von Afrika bestimmt, einer weiteren Region mit zahlreichen Flüchtlingen und

Binnenvertriebenen. Die verbleibenden 20 Millionen sind 2016 für Direktaktionen der Humanitären Hilfe, Massnahmen der Entwicklungszusammenarbeit und der zivilen Friedensförderung vorgesehen.

Seit Ausbruch der Syrienkrise hat die Schweiz insgesamt über 250 Millionen Franken für humanitäre Hilfe bereitgestellt. Mehr als die Hälfte dieses Betrags ist für humanitäre Aktivitäten in Syrien selbst vorgesehen. Der Rest fliesst an die Nachbarländer, die am stärksten von der Flüchtlingswelle betroffen sind. Die Schweiz leistet nicht nur Unterstützung für multilaterale Partner und Hilfswerke, sondern führt auch eigene Projekte in der Region durch. Im Bildungsbereich etwa saniert sie Kindergärten und Schulen im Libanon und in Jordanien, die syrische Kinder aufnehmen. Zudem ist sie in diesen beiden Ländern mit mehreren Projekten präsent, die dem Ausbau der Wasserbewirtschaftungskapazitäten der Behörden dienen. Darüber hinaus sind mehrere Experten des Schweizerischen Korps für Humanitäre Hilfe (SKH) im Einsatz, die für Projekte der DEZA mobilisiert oder UNO-Organisationen zur Verfügung gestellt werden.

Auf und jenseits der Flüchtlingsrouten

Die Schweiz unterstützte aber auch die westlichen Balkanstaaten, die täglich Transitgebiet für Tausende Flüchtlinge und Migranten sind. Nachdem Slowenien und Kroatien in der letzten Oktoberwoche erstmals ein entsprechendes Gesuch

gestellt hatten, beschloss die Schweiz, die Zivilschutzorganisationen und Zivilgesellschaften in den beiden Ländern zu unterstützen. Neben Hilfsgütern hat sie mehrere Experten des SKH entsandt, die am Ausbau der sanitären Anlagen in den Durchgangszentren mitgewirkt haben.

Ähnliche Unterstützung leistete die Schweiz in anderen Krisenherden. Im Vordergrund standen dabei stets der Schutz der bedürftigsten Bevölkerungsgruppen und ihr Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen. Im Südsudan beispielsweise errichtete oder sanierte die DEZA etwa 50 Brunnen, um mehreren Tausend Menschen, die seit 2013 infolge des Krieges vertrieben wurden, Zugang zu Trinkwasser zu verschaffen. Im Jemen, wo sich die Lage erheblich verschlechtert hat, finanzierte die Schweiz mit 11 Millionen Franken Soforthilfemassnahmen, vor allem zur Wasserversorgung.

Genf: Drehscheibe der humanitären Hilfe

Die zahlreichen Krisen haben die internationale Gemeinschaft dazu veranlasst, ihr humanitäres Engagement insgesamt zu überdenken. 2015 war Genf Gastgeber für zwei in dieser Hinsicht entscheidende Veranstaltungen. Zunächst war das im Oktober 2015 die globale Konsultation, deren Schlussfolgerungen als Grundlage für den humanitären Weltgipfel im Mai 2016 in Istanbul dienen.

Zudem war Genf im Dezember 2015 Austragungsort der 32. Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmondkonferenz. Zwei der Resolutionen, die an dieser Konferenz verabschiedet wurden, sollen das humanitäre Völkerrecht stärken. Mit der ersten Resolution haben sich die Staaten verpflichtet, unter Führung der Schweiz und des IKRK die Aufgaben und Arbeitsweise eines Staatentreffens zum humanitären Völkerrecht auszuhandeln. Die zweite Resolution stärkt den Schutz von Personen im Freiheitsentzug in bewaffneten Konflikten.

«Die DEZA setzt sich dafür ein, dass ihre Erfahrungen in den Einsatzländern international genutzt werden. Sie spielte eine wichtige Rolle bei der Ausarbeitung des Aktionsrahmens von Sendai zur Verringerung der Katastrophenrisiken.»

Die Zunahme plötzlich auftretender Krisen hat aufs Neue gezeigt, wie wichtig es ist, in die Prävention zu investieren, um Menschenleben zu retten und Sachschäden zu begrenzen. Diese Botschaft vermittelte die Schweiz im März 2015 an der Weltkonferenz in Sendai, an der die internationale Gemeinschaft einen neuen Aktionsplan für die nächsten 15 Jahre annahm. Die Schweiz hat sich dafür eingesetzt, dass die Präventionsmassnahmen auch den Bedürftigen vor Ort zugutekommen.

KRISENPRÄVENTION UND NOTHILFE

- Humanitäre Hilfe
- Arbeit in fragilen Situationen
- Krisenresistenz
- Achtung der Menschenrechte

Die Schweiz leistet Hilfe zugunsten der von bewaffneten Konflikten, Krisen und Naturkatastrophen betroffenen Bevölkerung. Hierzu gehören die Prävention und Verminderung von Risiken bei Naturgefahren, die Reduktion von Konfliktursachen, Gewaltkonfliktprävention, die humanitäre Hilfe in Notsituationen, die Konfliktbearbeitung, der Staats- und Wiederaufbau sowie die Reform des Sicherheitssektors und bessere Achtung der Menschenrechte.

Die Unterstützung ist meist kurzfristig angelegt; Nothilfe wird solange wie nötig geleistet. Für längerfristige humanitäre Engagements (Wiederaufbau) und für Entwicklungsmassnahmen (Beschäftigung, soziale Dienste, Staatsaufbau) werden Schwerpunkte gesetzt. Die sollen vor allem auf lokaler Ebene Gouvernanzstrukturen stärken und eine Transition zu nachhaltiger Entwicklung ermöglichen.

OSTUKRAINE: TRINKWASSER FÜR DIE BEVÖLKERUNG

Der bewaffnete Konflikt in der Ukraine fordert nach wie vor viele Opfer und richtet erhebliche Schäden an. Es fehlen immer mehr lebensnotwendige Güter wie etwa Wasser.



In der Region Donezk war die Firma «WodaDombass» nicht mehr in der Lage, Trinkwasser für die Ortschaften beidseitig der sogenannten Kontaktlinie zur Verfügung zu stellen. Dies weil auf-

grund des Konflikts die für die Trinkwasseraufbereitung erforderlichen Chemikalien nicht mehr angeliefert werden konnten. Die schlechte Wasserqualität hatte namentlich eine deutliche Zunahme der

Fälle von Hepatitis A in der Region zur Folge.

Die Schweiz wurde um Hilfe ersucht und organisierte daraufhin im Jahr 2015 mehrere humanitäre Konvois, die unter anderem die benötigten Chemikalien geladen hatten. Den Lastwagen mit jeweils mehreren Tonnen dieser Produkte gelang es, ohne Zwischenfälle die Kontaktlinie zu passieren. Die Konvois brachten auch medizinisches Material und Medikamente für die Spitäler der Region mit.

Damit war die Schweiz der erste und bisher einzige Drittstaat, der in diesem Umfang Hilfsgüter für die Bevölkerung auf beiden Seiten der Kontaktlinie zur Verfügung stellte. Die Schweizer Hilfe erreichte drei Millionen Menschen, und die Anzahl der durch unsauberes Wasser erkrankten Personen sank spürbar. Die Schweizer Einsätze stärkten zudem die Position von WodaDombass als öffentliche Dienstleisterin.

VON DER NOTHILFE ZUM WIEDERAUFBAU IN NEPAL

Unmittelbar nach dem Erdbeben in Nepal leistete die Schweiz Nothilfe. Danach stellte sie ihre langjährige Erfahrung in ländlicher Infrastruktur, Landwirtschaft und Berufsbildung in den Dienst des Wiederaufbaus.

Am 25. April 2015 erschütterte das seit langem befürchtete grosse Erdbeben die Region Ghorka, nordwestlich von Kathmandu. Mehrere Nachbeben folgten. Es war ein schulfreier Samstag und die meisten Leute waren draussen bei ihrer Arbeit. Sonst wären noch weit mehr als 8900 Todesopfer zu beklagen gewesen. Rund 3,2 Millionen Menschen verloren ihr Haus. Betroffen war vor allem die arme ländliche Bevölkerung, die vielerorts durch Erdbeben von jeder Versorgung abgeschnitten wurde.

Die Schweizer Botschaft vor Ort bereitete umgehend erste Nothilfeaktionen vor und organisierte zusammen mit der DEZA lebenswichtige Hilfsgüter. Dabei arbeitete sie für deren Verteilung eng mit den Schweizer Partnerorganisationen in Nepal zusammen.



Die Schweiz begann sofort, ihre lange Erfahrung in ländlicher Infrastruktur, Landwirtschaft und Berufsbildung in den Dienst des Wiederaufbaus zu stellen. Die laufenden Programme des Brücken- und Strassenbaus wurden erweitert, um die Regierung bei der Wiedererrichtung von Brücken und Strassen zu unterstützen. Die erfolgreiche Schweizer Berufsschulung wurde mit speziellen Baukursen ergänzt.

Inzwischen ist ein nationales Programm zum Wiederaufbau von erdbebensicheren Häusern angelaufen. Fachleute der Humanitären Hilfe vermitteln einfache Techniken des erdbebensicheren Bauens, da eine grosse Anzahl an lokal angelerten Fachkräften benötigt wird. Dabei wird vor allem sozial benachteiligten jungen Leuten zu einem dringend benötigten Einkommen vor Ort verholfen und gleichzeitig auch ein Beitrag zur Verhinderung zukünftiger Erdbebenschäden geleistet.

AUSGEWÄHLTE RESULTATE 2015



► **Die von der Schweiz unterstützten Nothilfe- und Wiederaufbaumassnahmen erreichen direkt rund 3.5 Millionen Menschen pro Jahr.**

In Konfliktgebieten kommt die Unterstützung der Schweiz an das IKRK jährlich schätzungsweise 1 Million Menschen zugute. Das ebenfalls von der Schweiz unterstützte UNHCR hilft rund der Hälfte der weltweit 67 Millionen Vertriebenen, Flüchtlinge und Asylsuchenden. Darüber hinaus stellt die Schweiz ihren UNO-Partnerorganisationen jedes Jahr 80 bis 100 Expertinnen und Experten des SKH zur Verfügung.

► **Die Wiederaufbauhilfe der Schweiz konzentriert sich auf die ärmsten und bedürftigsten Gemeinschaften. Die unterstützten Bevölkerungsgruppen umfassen schätzungsweise 1 Million Menschen pro Jahr.**

In **Sri Lanka** beispielsweise erhielten dank des Engagements der DEZA, das 2015 auslief, in den Provinzen Jaffna und Kilinochchi über 5000 Familien, die Opfer des Bürgerkriegs waren, Unterstützung beim Wiederaufbau ihrer Häuser.

► **Die Schweiz verfügt über viel Erfahrung und grosse Innovationskraft in der Katastrophenvorsorge. Diese hat in den Programmen der DEZA einen hohen Stellenwert.**

In **Nicaragua** und **Honduras**, zum Beispiel, unterstützt die Schweiz in Zusammenarbeit mit 10 Universitäten 34 Gemeinden mit insgesamt 40000 Einwohnerinnen und Einwohnern bei der Identifizierung und Kartografierung von Gebieten mit potenziell hohen Naturrisiken sowie bei der Planung angemessener Vorsorgemassnahmen.

► **Die Schweiz trägt gezielt zur Verringerung der Konfliktursachen und zur Erhöhung der Widerstandsfähigkeit gegen Krisen in fragilen Kontexten bei.**

In der **Region der Grossen Seen**, die von der Schweiz unterstützt wird, etwa unterhalten 7 Organisationen sogenannte «Maisons d'écoute», welche als Zufluchtsorte sowie als Betreuungs- und Beratungszentren für Opfer von (vor allem sexueller) Gewalt dienen. Die Kosten für die Betreuung und die Rechtshilfe werden von der DEZA übernommen. Durch dieses Engagement konnten bis heute über 19000 Gewaltopfer, 87 Prozent davon Frauen, psychosoziale Unterstützung und Rechtshilfe erhalten.



Kinder in Ruanda arbeiten an Schulcomputern. Qualitativ hochwertige Bildung ist eine Priorität der DEZA. Denn Bildung ist ein Schlüsselfaktor für Selbständigkeit und ermöglicht die Teilnahme am gesellschaftlichen und beruflichen Leben, womit sie für die Entwicklung, Armutsminderung und Konfliktprävention unabdingbar ist. Die DEZA legt bei ihren Projekten zu Grund- und Berufsbildung besonderen Wert darauf, den sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnissen der Partnerländer gerecht zu werden.

GUTE BILDUNG, EINE SOLIDE BASIS FÜR DIE ZUKUNFT

Bildung ermöglicht es Menschen, ihre Lebensbedingungen und die der Gesellschaft als Ganzes zu verbessern.

Aber nur wenn sie qualitativ hochwertig und allen zugänglich ist, kann sie langfristig dabei helfen, Armut zu bekämpfen und Konflikten vorzubeugen.

Niemals zuvor besuchten weltweit so viele Kinder die Schule. Laut UNESCO haben neun von zehn Kindern heute Zugang zu Grundschulbildung. Trotz dieser Fortschritte, die im Rahmen der Millenniumsentwicklungsziele und der globalen Kampagne «Bildung für alle» erreicht wurden, bleiben zahlreiche Herausforderungen weiterhin bestehen. Derzeit können schätzungsweise 250 Millionen Kinder nach vier Schuljahren nicht lesen, schreiben oder rechnen. 760 Millionen Erwachsene auf der Welt sind noch immer Analphabeten, zwei Drittel davon Frauen. In 14 Ländern Afrikas ist die Lage besonders dramatisch, wo über die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung Analphabeten sind.

Die Agenda 2030 setzt ehrgeizigere Ziele

Neue Perspektiven eröffneten sich 2015 mit der Annahme der neuen Agenda 2030. Ihr Ziel 4 ist der Bildung gewidmet und wird durch den Aktionsrahmen «Bildung 2030» der UNESCO ergänzt. Ziel 4 stellt einen Bezug zwischen Grund- und Berufsbildung her und legt den Schwerpunkt dabei auf eine gleichberechtigte und hochwertige Bildung, die dem lebenslangen Lernen dient. Dahinter steht die Absicht, allen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen Zugang zu einer allgemeinen und beruflichen Bildung zu ermöglichen, die ihren Bedürfnissen und ihrem Lebensumfeld entspricht. Die Schweiz hat sich nachdrücklich für diese neue Agenda eingesetzt. Ein besonderes Augenmerk setzt sie in ihrer Arbeit auf die am meisten ausgegrenzten und am stärksten benachteiligten Bevölkerungsgruppen wie Mädchen, Frauen und Minderheiten.

In Afghanistan wurden seit 2001 mehr als 9 Millionen Schüler, davon 40 Prozent Mädchen, eingeschult oder haben ihre Schulbildung wieder aufgenommen. Diese Zahlen sind erfreulich, wenn man bedenkt, dass der Schulbesuch für Mädchen noch 2001 quasi unmöglich war. Und trotzdem: Auch wenn dieses Wachstum zahlenmässig beeindruckend ist, weist die Qualität der Bildung noch immer erhebliche Mängel auf. Unzureichend ausgebildete Lehrkräfte, Verwendung ungeeigneter oder veralteter Unterrichtsmethoden und -materialien sowie ein schwaches Bildungsministerium verhindern mehrheitlich Verbesserungen im Schulwesen.

Mehrschichtiges Engagement für eine qualitativ hochstehende Bildung

Die DEZA fördert in Afghanistan zwei Projekte, die zur Steigerung der Bildungsqualität beitragen: ein Projekt der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), die auf nationaler Ebene handelt, und ein Projekt der Aga-Khan-Stiftung, die auf kommunaler Ebene aktiv ist. Zudem wirkt sie in Zusammenarbeit mit der Direktion für Lehrerbildung des afghanischen Bildungsministeriums auf eine bessere Geschlechtergleichstellung im nationalen Bildungswesen hin. Die Zahl der nicht eingeschulten Mädchen in Afghanistan ist mit 60 Prozent nämlich noch immer hoch. Dies erklärt sich dadurch, dass Mädchen mit dem Beginn der Pubertät häufig aus der Schule genommen werden, insbesondere wenn es an weiblichen Lehrkräften mangelt. 40 Prozent der 30 000 Lehrkräfte, denen die Unterstützung der Schweiz zugutekommt, sind deshalb Frauen.



In einem von der DEZA unterstützten Ausbildungszentrum erlernen Jugendliche in Laos einen Beruf im Gastgewerbe.

Für die Schweiz hat die Verbesserung der Bildungssysteme als Garant für die Bildungsqualität weiter einen hohen Stellenwert. Dazu stellt sie ihre Sachkenntnis und Erfahrungen mit zweisprachigem Unterricht, Brückenangeboten und der Einbindung von Eltern und Lokalregierungen zur Verfügung. Die DEZA unterstützt ihre Partnerländer bei der Gestaltung und Umsetzung ihrer nationalen Bildungspolitik, namentlich mit einem beträchtlichen Beitrag zur Global Partnership for Education (GPE), einem wichtigen Bildungspartner der Schweiz. So unterstützt die GPE das Bildungsministerium Afghanistans bei der Entwicklung seiner Bildungspolitik.

Bildungszugang auch für Kinderflüchtlinge und ausgegrenzte Gemeinschaften

Nebst der Qualität der Bildung ist auch der Zugang zu Bildung eine Priorität der Schweizer internationalen Zusammenarbeit. Seit dem Ausbruch der Syrienkrise haben mehr als 250 000 Kinder im Schulalter, die durch den Konflikt jäh aus ihrem Alltag gerissen wurden, Zuflucht in Jordanien gefunden. Die Eingliederung der syrischen Kinder in das Bildungssystem ist für Jordanien zugleich Priorität und Herausforderung. Die DEZA unterstützt das jordanische Bildungsministerium deshalb bei der raschen Einschulung der Kinderflüchtlinge: Zahlreiche Schulen wurden saniert und eingerichtet, um den Kindern ein gesundes, sicheres und kindgerechtes schulisches Umfeld zu bieten.

Ein gleichberechtigter Zugang zu Bildung erfordert auch die Aufnahme ausgegrenzter Bevölkerungsgruppen. In Serbien haben mehr als 60 Prozent der Roma keinen Zugang zur Grundbildung.

«Die DEZA engagiert sich für Berufsbildungsangebote, die für alle zugänglich sind. Im Mittelpunkt der Aktivitäten stehen die ärmsten und verletzlichsten Bevölkerungsgruppen, Jugendliche und Frauen sowie die ländliche Bevölkerung.»

Die Schweiz wirkt auf verschiedenen Ebenen darauf hin, dass diese Kinder ebenso wie Kinder mit Behinderungen in die Vor- und Grundschule integriert werden.

Eine solide Grundbildung – Gewähr für eine erfolgreiche Berufslehre

«Ich wollte eine Lehre als Schneider machen, um mir eine Zukunft aufzubauen. Doch man sagte mir, dass ich nicht das Zeug dazu hätte, mit den Kunden zu reden, zu schreiben und zu lesen. So habe ich mich an der Abendschule für Alphabetisierungskurse eingeschrieben. Jetzt kann ich lesen, an den Kunden Mass nehmen und mit ihnen diskutieren.» Kader Kouanda ist ein Schneider aus Burkina Faso und geht dort zur Abendschule. Sein Erfahrungsbericht veranschaulicht, wie wichtig der Erwerb grundlegender Fertigkeiten

keiten wie Lesen, Schreiben und Rechnen für das Erlernen eines Berufs ist. Eine gute Grundbildung ist beim Erlernen eines Berufs und beim Eintritt ins Erwerbsleben eine Garantie für Erfolg. In Burkina Faso unterstützt die DEZA ein Projekt zur Entwicklung von Bildungsangeboten, die den Erwerb von Grundkenntnissen mit der beruflichen Qualifizierung verknüpfen und damit zahlreichen jungen Burkinabe die Möglichkeit bietet, einen Beruf zu erlernen. So können sich diese einen Einstieg in die Arbeitswelt und eine wichtige Einkommensquelle verschaffen.

«Grundkenntnisse und -kompetenzen sind unabdingbar für die Entscheidungsfindung, die weiterführende Bildung, die Eingliederung in die Gesellschaft, das Berufsleben sowie die Teilnahme am politischen Leben.»

In Laos hat die DEZA zudem ein Projekt lanciert, das Elemente der Grundbildung mit beruflichen und technischen Qualifikationen kombiniert. Sie richtet sich insbesondere an benachteiligte Jugendliche und ethnische Minderheiten, die keinen oder nur beschränkten Zugang zur Schulbildung haben. Diesem Personenkreis werden Stipendien gewährt, von denen 70 Prozent an junge Frauen gehen. Andrea Siclari, Laos-Beauftragter bei der DEZA, unterstreicht: «Der Tourismus und

das Gastgewerbe sind wachstumsstark und bieten ein hohes Potenzial für die nachhaltige Schaffung von Arbeitsplätzen. Es mangelt jedoch an qualifiziertem Personal.» Die DEZA unterstützt daher eine Reform der Berufsbildung.

«Im Dialog mit Bildungsträgern, Firmen und Verbänden sowie staatlichen und privaten Arbeitsvermittlungsstellen identifiziert die DEZA aussichtsreiche Berufsfelder und auf dem Arbeitsmarkt erwartete Fähigkeiten.»

Sie fördert Ausbildungszentren mit angeschlossenen Restaurants, damit die Jugendlichen die vermittelten Lerninhalte direkt in die Praxis umsetzen können. Eines dieser Zentren befindet sich in Luang Prabang, einer Hochburg des Tourismus.

Die Ziele weiterhin im Auge behalten

In der Überzeugung, dass Grund- und Berufsbildung Schlüsselfaktoren für Selbständigkeit und Entwicklung sind, setzt sich die Schweiz mit ihrer internationalen Zusammenarbeit auch in Zukunft dafür ein, dass zwischen der Grund- und Berufsbildung Brücken geschlagen werden, und die Verbesserung von Bildungssystemen so zu qualitativ hochwertiger und für alle zugänglicher Bildung führt.

ZUGANG ZU RESSOURCEN UND DIENSTLEISTUNGEN

- Gesundheit
- Nachhaltige Wassernutzung und Siedlungshygiene
- Grund- und Berufsbildung
- Nachhaltige Landnutzung

Die Verbesserung des Zugangs zu Ressourcen und Dienstleistungen zielt primär auf die nachhaltige Verminderung von Armut ab. Mit «Ressourcen» sind unter anderem menschliche Behausung, genügend Nahrung, sauberes Wasser und Chancen auf dem Arbeitsmarkt gemeint. Unter «Dienstleistungen» wird das Bildungs- und Gesundheitssystem eines Landes verstanden.

Eine effektive Bekämpfung der Armut bedingt eine längerfristig angelegte Zusammenarbeit. Aus Gründen der Wirksamkeit und der Kosteneffizienz setzt die Schweiz dabei geografische Prioritäten und konzentriert sich auf ausgewählte Schwerpunktländer und -regionen.

SELBSTBESTIMMUNG AUCH IN DER KRISE

Die Barzahlungsprogramme verschaffen Opfern von Naturkatastrophen und Konflikten Zugang zu Bargeld. So können sich diese Güter, die sie benötigen, selbst kaufen.



In den Regionen, die von einer humanitären Krise betroffen sind, stellen die Barzahlungsprogramme (Cash Transfer Pro-

gramming, CTP) die Verbindung zwischen den lokalen Märkten und den Begünstigten humanitärer Einsätze her. Sie erlau-

ben Händlerinnen und Händlern sowie Bäuerinnen und Bauern vor Ort so, ihre Arbeit fortzusetzen – trotz des Elends, das durch Krieg oder eine Naturkatastrophe verursacht wurde. Die Begünstigten wiederum können Nahrungsmittel, Wasser und sonstige lebensnotwendige Güter kaufen, die sie selbst auswählen können.

Die DEZA unterhält eigene CTP und unterstützt die ihrer multilateralen Partner. In letzterem Fall stellt sie den Partnern Fachleute des Schweizerischen Korps für humanitäre Hilfe (SKH) zur Verfügung. 2015 waren elf dieser Fachleute für UNO-Organisationen tätig. Zusätzlich zu ihrem Engagement für die Notleidenden trugen sie dazu bei, dass diese Programme in der jeweiligen Organisation verstärkt eingesetzt wurden. Im Zusammenhang mit der Syrienkrise zum Beispiel setzt das Welternährungsprogramm bei der Flüchtlingshilfe im Libanon, in Jordanien und in der Türkei vorwiegend auf CTP.

DIE MONGOLISCHE STEPPE AN DER EXPO IN MAILAND

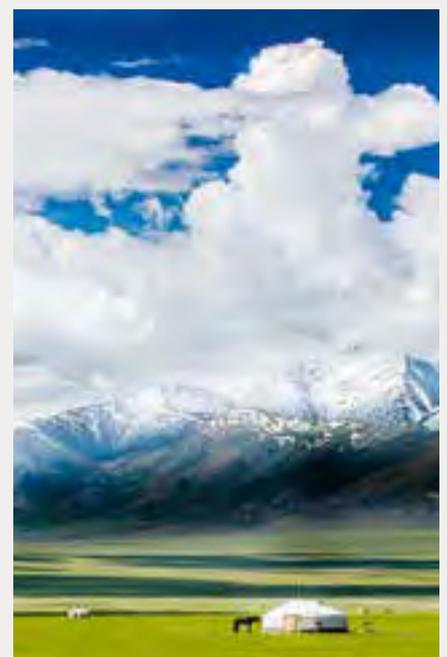
Das Projekt «Green Gold» hat in der Mongolei zu sehr guten Resultaten bei der nachhaltigen Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen geführt. An der Weltausstellung wurde es nun ausgezeichnet.

Die gemeinsame Bewirtschaftung der Weiden steht im Mittelpunkt des Projekts «Green Gold». Weideland macht rund vier Fünftel der Fläche der Mongolei aus und ist das Rückgrat der Agrarwirtschaft. Ein Drittel der Bevölkerung lebt von der Viehzucht. Mit dem Übergang zur Marktwirtschaft in den 1990er-Jahren kam es jedoch zu einer Überweidung, weil das Land von Mensch und Vieh überbeansprucht wurde. Dies wiederum hatte eine Bodendegradation zur Folge, welche die Ernährungssicherheit gefährdete.

Um diese Entwicklung aufzuhalten, fördert das Projekt «Green Gold» die Bildung von Hirtengemeinschaften, die das Weideland gemeinsam verwalten. Sie planen die saisonale Rotation und die Stilllegung der Weiden, die Einzäunung und die Lagerung von Heu für den Win-

ter. 2015 hatten sich mehr als 35 000 Hirten mit insgesamt 150 000 Familienangehörigen zu 1100 Hirtengemeinschaften zusammengeschlossen. Seit Beginn des Projekts 2005 wurden so rund 8,7 Millionen Hektaren ausgelaugter Böden saniert.

An der Weltausstellung in Mailand, die unter dem Motto «Den Planeten ernähren. Energie für das Leben» stand, wurde das Projekt «Green Gold» unter mehr als 740 Initiativen für die Präsentation im Pavillon Zero am Eingang der Expo ausgewählt. Damit sahen es sämtliche 21 Millionen Expo-Besucher aus aller Welt. Das Projekt erhielt den Ersten Preis für vorbildliche Praktiken der Ernährungssicherheit in der Gruppe «Nachhaltige Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen».



AUSGEWÄHLTE RESULTATE 2015



► **Die Schweiz setzt sich aktiv für die Eindämmung des Klimawandels und für die Anpassung an dessen Folgen ein.**

Im **Westbalkan** unterstützt das SECO seit 2010 das Projekt «EuropaRe», welches unter anderem in Albanien und Bosnien Versicherungen gegen naturbedingte Risiken (z.B. Überschwemmungen) einführt. Das Projekt war 2015 unter den 10 Finalisten für einen DAC-Preis, der den Ausbau erfolgreicher innovativer Projekte fördert. Eine Ausdehnung des Projektes, zum Beispiel auf Kasachstan, wird in der Weltbank diskutiert.

► **Die Schweiz baut wo nötig Infrastrukturen und bildet Lehrer und Schulleiter aus. Gleichzeitig fördern politische Dialoge Reformen des Bildungssystems, mit dem Ziel die Grundbildung besser mit der Berufsbildung zu verbinden.**

In **Burkina Faso** etwa konnten dank der Schweizer Unterstützung für das Bildungssystem 2760000 Kinder, davon 48 Prozent Mädchen, eingeschult werden oder weiter zur Schule gehen. Das Engagement der Schweiz wirkt sich direkt auf die Grundbildung von 31000 Kindern aus, die nun Schulmaterial, eine Mensa, ausgebildete

Lehrkräfte und besser ausgestattete Schulzimmer haben.

► **Dank des durch die Schweiz unterstützten verbesserten Zugangs zu Finanzdienstleistungen und der Förderung des Privatsektors sind die Einkommen und die Beschäftigungschancen in den DEZA-Partnerländern markant gestiegen.**

In **Bangladesch** beispielsweise unterstützt die DEZA das Projekt «Katalyst», mit dem das Einkommen der armen Bevölkerung in ländlichen Gebieten verbessert werden soll. Dank des DEZA-Programms konnten im Bereich Landwirtschaft und ländliche Wirtschaft ungefähr 920000 Kleinbauern ihr Einkommen seit 2013 um durchschnittlich 81 US-Dollar pro Jahr erhöhen. Diese Erhöhung, welche 41% des landwirtschaftlichen Einkommens entspricht, wurde dank einem besseren Zugang zu Preisinformationen und Technologien sowie Produktionsmitteln erreicht. Gleichzeitig wurden dank des Politikdialogs Gesetzesänderungen für das Funktionieren des Marktes zu Gunsten der benachteiligten ländlichen Bevölkerung vorgenommen.

WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG TRAGEN ZU NACHHALTIGEN LÖSUNGEN BEI

Für die Armutsbekämpfung, den Übergang zu einer nachhaltigen Entwicklung und den vertieften Wissensaustausch spielt die Forschung eine entscheidende Rolle. Dabei sind technologische Fortschritte ebenso relevant wie soziale und politische Innovationen. Mit ihrem Fachwissen und weltweiten Netzwerken leisten Wissenschaftler an Universitäten, Fachhochschulen und Forschungsinstituten einen wichtigen Beitrag zur Lösung globaler Probleme.

EINE KARTE ZUM BLAUEN GOLD



Als im Jahr 2004 Zehntausende von Flüchtlingen aus Darfour in den Tschad kamen, gab das UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) eine Kartografierung der Wasserressourcen im Tschad in Auftrag. Ziel war es, die Wasserversorgung sowohl der Flüchtlinge als auch der lokalen Bevölkerung sicherzustellen. Mit Hilfe dieser Karte konnten Flüchtlingslager in der Nähe von ganzjährig ergiebigen Wasserquellen errichtet werden.

Die Wasserknappheit stellt im Tschad aber über die Flüchtlingskrise hinaus ein grosses Problem dar: Wasser ist im Tschad seit jeher ungleich verteilt, schwierig erreichbar und wenig erforscht. Eine nachhaltige Wassernutzung ist aber gerade auch wegen der Auswirkungen des Klimawandels entscheidend für die Entwicklung. Denn sie wirkt sich nicht nur auf die landwirtschaftliche Produktion und Ernährungssicherheit, sondern auch auf die Gesundheit der Bevölkerung aus. Die Erweiterung des Wissens um die Ressource Wasser sowie eine Stärkung der Wasserbewirtschaftung sind zudem Voraussetzung für eine aktive, nachhaltige und souveräne Nutzung der Ressource – und das bildet wiederum die Grundlage dafür, dass der Tschad seine Entwicklungsziele erreicht.

Weil die Schweiz über eine besondere Expertise im Bereich der Kartografie und der Hydrogeologie verfügt, fragte das tschadische Wasserministerium im Jahr 2009 die DEZA und UNITAR (United Nations Institute for Training and Research) an, ein Konzept zur Kartografierung der Wasserressourcen im Tschad zu erstellen.

Es ist eine der grossen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, die lebenswichtige Ressource Wasser zu schonen und für deren gerechte und entwicklungsfördernde Verteilung zu sorgen.

Das Projekt gründet somit auf einer Zusammenarbeit der Schweiz (DEZA, swisstopo, Universität Neuchâtel), des Tschads (Ministerium für Hydraulik, Universität N'Djamena), UNOSAT/UNITAR (UNO Genf) und anderen Partnern. Übergeordnetes Ziel ist es, dass der Tschad klimatischen Schwankungen besser begegnen kann, indem er die Ressource aktiv bewirtschaftet. In der ersten Phase des Projekts konnte einerseits ein Wasserressourceninformationssystem etabliert werden und andererseits wurden 27 hydrogeologische Karten produziert, die zusammen eine Fläche abdecken, die 10 Mal grösser ist als die Schweiz. Zudem konnte ein Masterstudiengang in Hydrologie an tschadischen Universitäten in Zusammenarbeit mit der Universität Neuchâtel etabliert werden. In einer seit September 2015 laufenden zweiten Projektphase werden nun Wasserressourcen in drei bisher noch nicht beforschten Regionen im Becken des Tschadsees kartografiert. Ein Schwerpunkt liegt dabei auch auf der Nutzung des produzierten Wissens.

FRIEDENSBEKENNTNISSE IN FRAGILEN KONTEXTEN

Kriege und Konflikte betreffen häufig die gesamte Bevölkerung. Doch immer sind Täter und Opfer, Männer und Frauen, Buben und Mädchen unterschiedlich betroffen. Deshalb untersuchte ein internationales Forschungsteam, wie die unterschiedlichen Augenzeugenberichte über einen Konflikt dazu beitragen können, dem Ausbruch von Gewalt künftig vorzubeugen. Für die Untersuchung riefen sie das Projekt «Pluralistic Memories» ins Leben.

*Weltweit gelten über 40 Staaten
als fragil oder gewalt- und
konfliktbetroffen. In diesen
Ländern leben rund 1.5 Milliarden
Menschen. Sie gehören zu den
Ärmsten der Welt.*

Das Projekt wird an der Universität Lausanne durchgeführt und umfasst ein internationales Doktoranden- und Mentoringprogramm. Forschungsschwerpunkt sind drei fragile Kontexte, in denen es wiederholt zum Ausbruch von Gewalt gekommen ist: Sri Lanka, Burundi und das Besetzte Palästinensische Gebiet.

Bei «Pluralistic Memories» geht es in erster Linie darum, den Frieden zu fördern, indem die Erinnerungen der an Konflikten Beteiligten dokumentiert werden. Ehemalige Konfliktbeteiligte sollen ermutigt werden, sich offen über den Konflikt und ihre Erfahrungen zu äussern. Dadurch soll die Toleranz gefördert und Gemeinschaften weniger konfliktanfällig gemacht werden, sollte später erneut die Gefahr auf Gewaltakte oder politische Provokationen bestehen.

In Sri Lanka zum Beispiel unterstützt das Projekt den Aufbau sogenannter «lebendiger Archive»: Gemeinsam mit Basisorganisationen im ganzen Land organisieren Forschende Workshops, deren Teilnehmerinnen und Teilnehmer dazu ermutigt werden, einem breiteren Publikum über ihre Erfahrungen zu berichten.



2015 konnten die Forschenden im Rahmen dieses Projekts eine Vielzahl an persönlichen Erfahrungsberichten aus verschiedenen Ländern und Kontexten zusammenstellen. Diese Augenzeugenberichte sind aufschlussreicher als die offizielle Kriegsberichterstattung. Sie zeigen, wie unterschiedlich die an Kämpfen Beteiligten und die von Kämpfen Betroffenen den gleichen Konflikt wahrnehmen und empfinden können.

Das Projekt «Pluralistic Memories» ist Teil des «Swiss Programme for Research on Global Issues for Development» (r4d-Programm), das von der DEZA und dem Schweizerischen Nationalfonds durchgeführt und finanziert wird. Das r4d-Programm fördert forschungsbasierte Lösungen zur Verringerung der Armut in Afrika, Asien und Lateinamerika sowie die Bereitstellung öffentlicher Güter für die Bevölkerung in Entwicklung- und Schwellenländern.

KUNST UND KULTUR IM ZEICHEN NACHHALTIGER ENTWICKLUNG

Kultur und Kunst nehmen in jeder Gesellschaft eine besondere Rolle ein. Die Erhaltung kultureller Vielfalt ist bedeutend für Identität und interkulturellen Dialog. Künstlerische Werke vermögen es aber auch, Wahrnehmungen und Denkmuster zu verändern und tragen so dazu bei, dass sich die Gesellschaft mit wichtigen Themen der heutigen Aktualität auseinandersetzt. Die Schweiz unterstützt den Kultursektor in ihren Partnerländern wie auch die Vielfalt kultureller Ausdrucksformen für eine nachhaltige Entwicklung. Zudem fördert sie den Zugang von Kulturschaffenden und Kulturproduktionen aus dem Süden und Osten zum Schweizer Publikum und Kulturmarkt.

WAS KUNST KANN

Die junge indische Schauspielerin Mallika Taneja ist Mitglied des «Tadpole Repertory», eines Kollektivs von Theaterschaffenden, und Mitbegründerin des Festivals Lost & Found in Delhi. Sie erhielt den sogenannten «Acknowledgement Prize» der Zürcher Kantonalbank für ihre satirische Performance «Thoda Dhyan Se (Sei vorsichtig)» am jährlich stattfindenden Zürcher Theater Spektakel. In nur 15 Minuten führte sie die gut gemeinten, aber verheerenden Verhaltensregeln ad absurdum, die Frauen vor Vergewaltigung schützen sollen, wie etwa: «Zieht euch anständig an, vermeidet aufreizende Kleidung!».



Mallika, was bedeutet dieser Preis für Sie?

Für mich als freischaffende Künstlerin bedeutet er vor allem grössere finanzielle Sicherheit, und das heisst Zeit für schöpferisches Arbeiten. Ausserdem wertet jede Art von Anerkennung meine Arbeit auf und macht sie bekannt. Ich bin sehr glücklich über diesen Preis.

Was ist Ihnen bei Ihrer Arbeit als Schauspielerin wichtig?

Ich befasse mich gerne mit Dingen, die für die heutige Zeit und für das Publikum relevant sind, ohne dass sie unbedingt eine politische oder gesellschaftliche Botschaft enthalten. Eine gute Performance berührt emotional oder intellektuell, oder sie gibt Energie. Mit einem Wort: Sie inspiriert. Gute Kunst

hat Wirkung. Eine starke Performance macht die Zuschauer zu einem Teil dieser Performance, zu einem Teil dieser Erfahrung. Wenn das nicht geschieht – warum dann das Ganze? Warum überhaupt auf die Bühne gehen? Warum sollten die Leute ihr Haus verlassen und im Theater sitzen, wenn ich nicht versuche, sie zu erreichen? Wir wissen heute, dass künstlerische Darbietungen das Potenzial haben, gesellschaftspolitische Veränderungen in Gang zu setzen. Wenn Menschen zu Menschen sprechen, dann ist das höchst real. Das ist Austausch und Teilen von Energie. Kunst macht Perspektivenwechsel möglich. Sie kann Einstellungen, Emotionen und alles Mögliche verändern. Der Dialog mit dem Publikum ist mir sehr wichtig. Immer wieder bin ich überrascht und überwältigt von der Unterstützung, die aus dem Publikum kommt.

Und was ist die grösste Herausforderung?

Die grösste Herausforderung ist, ehrlich zu bleiben. Das ist extrem schwierig, vor allem jetzt, da ich so viele Interviews gebe und so viele hochtrabende Sätze von mir gebe. Ich denke ständig darüber nach, wie ich all dem gerecht werden kann. Wie kann ich dafür sorgen, dass meine Arbeit immer relevant ist und Widerstandsfähigkeit fördert? Es ist sehr schwierig, Wahrheit und Ehrlichkeit zu definieren, zu verstehen und sich an sie zu halten.

Welche Bedeutung haben kulturelle Anlässe für die Gesellschaft?

Wenn wir das Theater in die Quartiere bringen, schaffen wir den Künsten ein alternatives Ökosystem und sprechen ein ganz neues Publikum an. Im Lauf der Jahre wird das die Kultur der Stadt und den Umgang der Menschen miteinander positiv beeinflussen.

KUNSTSCHAFFENDE SENSIBILISIEREN FÜR DIE PROBLEME DER BERGWELT



Das Programm Sustainable Mountain Art (SMArt) wurde 2014 von der Stiftung für die nachhaltige Entwicklung der Bergregionen (FDDM) in Sitten lanciert. Mit Unterstützung der DEZA will SMArt die Behörden und die Bevölkerung mittels Kunst für die Probleme der Bergregionen sensibilisieren. Vier Themen, die sich mit den vier Globalprogrammen der DEZA decken, stehen dabei im Mittelpunkt: Klimawandel, Wasser, Migration und Ernährungssicherheit. Das SMArt-Programm hat eine Laufzeit von fünf Jahren.

Seit dem Herbst 2014 sind dank der Unterstützung des Kantons Wallis vier Fotografinnen und Fotografen aus dem Süden und dem Osten Gäste

von Künstlerateliers gewesen. Ausgewählt wurden sie mithilfe von Kulturakteuren aus verschiedenen Ländern. So kam im Winter 2015 Maralguia Badarch aus der Mongolei in die Schweiz. Für sie, die von dem ihrer Kultur eigenen mystischen Blick auf die Berge geprägt ist, sind die Walliser Alpen Riesen auf tönernen Füßen. Ihre Fotos stellte sie in Brig aus, wo das Publikum zugleich die von der DEZA organisierte Ausstellung «Aaruul und Justistaler: Die Mongolei und die Schweiz in Bildern» sehen konnte. Anschliessend wurden Badarchs Fotos auch in der Mongolei ausgestellt.

Die FDDM und ihre Partner haben sich verpflichtet, im Rahmen eines jeden Ateliers Ausstellungen in der Schweiz und im Herkunftsland der Künstlerin oder des Künstlers zu organisieren. Sie fördern auch den Austausch mit anderen Kunstschaffenden. So freundeten sich zum Beispiel der ruandische Fotograf Cyril Ndegeya und Fabrice Erba aus Monthey an und entwickelten gemeinsam ein weiteres Fotoprojekt, «La face cachée de l'eau», das in Ruanda sehr viel Anerkennung fand.

Der peruanische Fotograf und Philosoph Alejandro León Cannock zeigte sich seinerseits überrascht von den im Wallis überaus deutlichen Folgen der Erderwärmung: «Wenn die Gletscher eines Tages nicht mehr da sind – woher kommt dann das Wasser für die Suonen, Bäche und Flüsse?» Während seines Aufenthalts in Siders dokumentierte er mit seiner Kamera die sichtbaren Veränderungen der alpinen Landschaft.

Alle Werke sind zu sehen auf
www.sustainablemountainart.ch

SCHWERPUNKTLÄNDER UND -REGIONEN DER DEZA UND DES SECO 2015

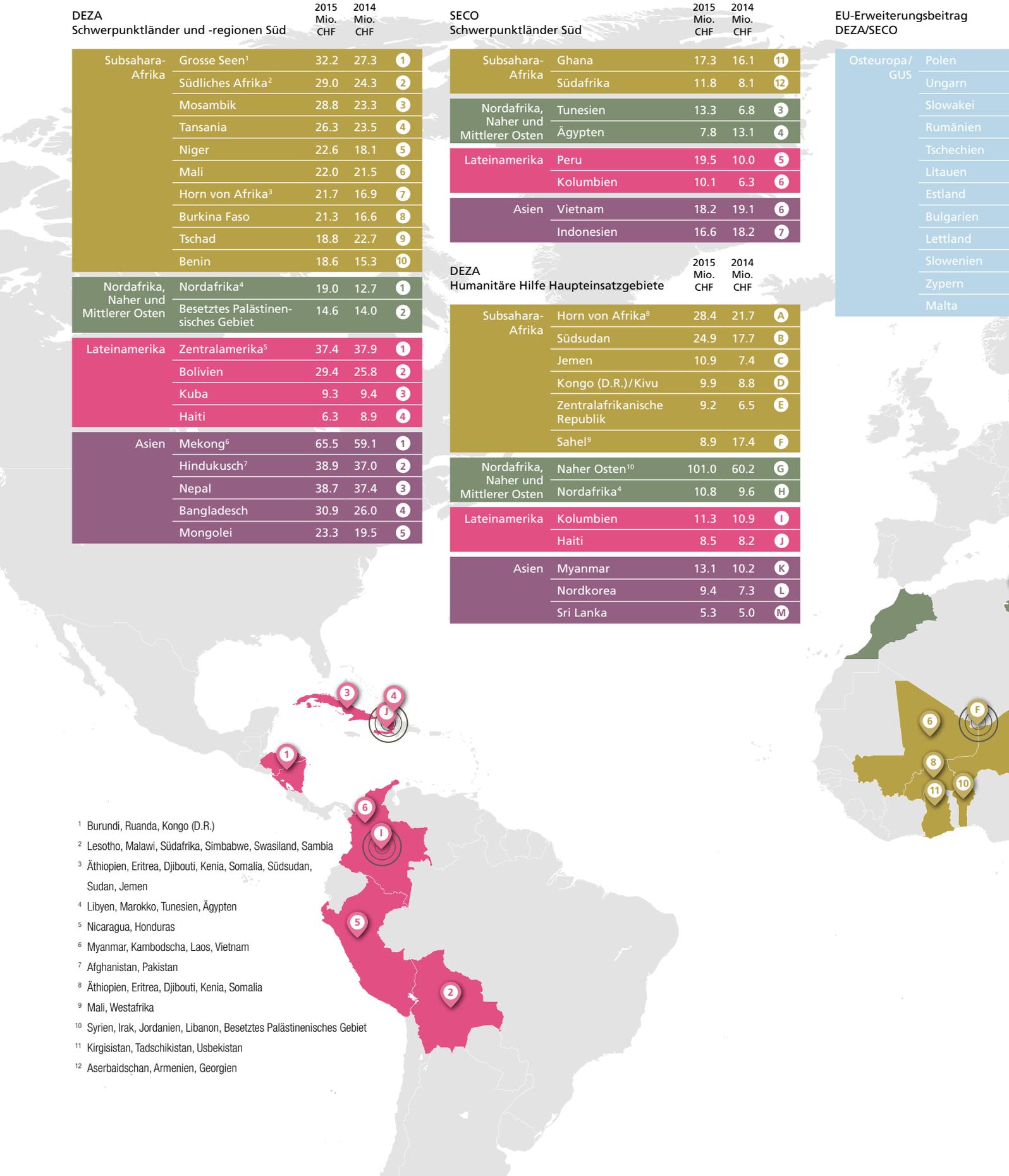
DEZA		2015	2014	
Schwerpunktländer und -regionen Süd		Mio. CHF	Mio. CHF	
Subsahara-Afrika	Grosse Seen ¹	32.2	27.3	1
	Südliches Afrika ²	29.0	24.3	2
	Mosambik	28.8	23.3	3
	Tansania	26.3	23.5	4
	Niger	22.6	18.1	5
	Mali	22.0	21.5	6
	Horn von Afrika ³	21.7	16.9	7
	Burkina Faso	21.3	16.6	8
	Tschad	18.8	22.7	9
	Benin	18.6	15.3	10
Nordafrika, Naher und Mittlerer Osten	Nordafrika ⁴	19.0	12.7	1
	Besetztes Palästinensisches Gebiet	14.6	14.0	2
Lateinamerika	Zentralamerika ⁵	37.4	37.9	1
	Bolivien	29.4	25.8	2
	Kuba	9.3	9.4	3
	Haiti	6.3	8.9	4
Asien	Mekong ⁶	65.5	59.1	1
	Hindukusch ⁷	38.9	37.0	2
	Nepal	38.7	37.4	3
	Bangladesch	30.9	26.0	4
	Mongolei	23.3	19.5	5

SECO		2015	2014	
Schwerpunktländer Süd		Mio. CHF	Mio. CHF	
Subsahara-Afrika	Ghana	17.3	16.1	11
	Südafrika	11.8	8.1	12
Nordafrika, Naher und Mittlerer Osten	Tunesien	13.3	6.8	3
	Ägypten	7.8	13.1	4
Lateinamerika	Peru	19.5	10.0	5
	Kolumbien	10.1	6.3	6
Asien	Vietnam	18.2	19.1	6
	Indonesien	16.6	18.2	7

EU-Erweiterungsbeitrag DEZA/SECO	
Osteuropa/ GUS	Polen
	Ungarn
	Slowakei
	Rumänien
	Tschechien
	Litauen
	Estland
	Bulgarien
	Lettland
	Slowenien
	Zypern
	Malta

DEZA		2015	2014	
Humanitäre Hilfe Haupteinsatzgebiete		Mio. CHF	Mio. CHF	
Subsahara-Afrika	Horn von Afrika ⁸	28.4	21.7	A
	Südsudan	24.9	17.7	B
	Jemen	10.9	7.4	C
	Kongo (D.R.)/Kivu	9.9	8.8	D
	Zentralafrikanische Republik	9.2	6.5	E
	Sahel ⁹	8.9	17.4	F
Nordafrika, Naher und Mittlerer Osten	Naher Osten ¹⁰	101.0	60.2	G
	Nordafrika ⁴	10.8	9.6	H
Lateinamerika	Kolumbien	11.3	10.9	I
	Haiti	8.5	8.2	J
Asien	Myanmar	13.1	10.2	K
	Nordkorea	9.4	7.3	L
	Sri Lanka	5.3	5.0	M

- ¹ Burundi, Ruanda, Kongo (D.R.)
- ² Lesotho, Malawi, Südafrika, Simbabwe, Swasiland, Sambia
- ³ Äthiopien, Eritrea, Djibouti, Kenia, Somalia, Südsudan, Sudan, Jemen
- ⁴ Libyen, Marokko, Tunesien, Ägypten
- ⁵ Nicaragua, Honduras
- ⁶ Myanmar, Kambodscha, Laos, Vietnam
- ⁷ Afghanistan, Pakistan
- ⁸ Äthiopien, Eritrea, Djibouti, Kenia, Somalia
- ⁹ Mali, Westafrika
- ¹⁰ Syrien, Irak, Jordanien, Libanon, Besetztes Palästinensisches Gebiet
- ¹¹ Kirgisistan, Tadschikistan, Usbekistan
- ¹² Aserbaidshan, Armenien, Georgien



2015
Mio.
CHF

2014
Mio.
CHF

74.1 79.1 1
22.6 12.9 2
20.1 16.6 3
18.5 14.3 4
13.9 11.1 5
9.5 14.4 6
6.0 4.7 7
5.5 5.1 8
5.3 5.8 9
2.4 8.1 10
0.4 0.2 11
0.3 0.1 12

DEZA
Schwerpunktländer und -regionen Ost

2015
Mio.
CHF

2014
Mio.
CHF

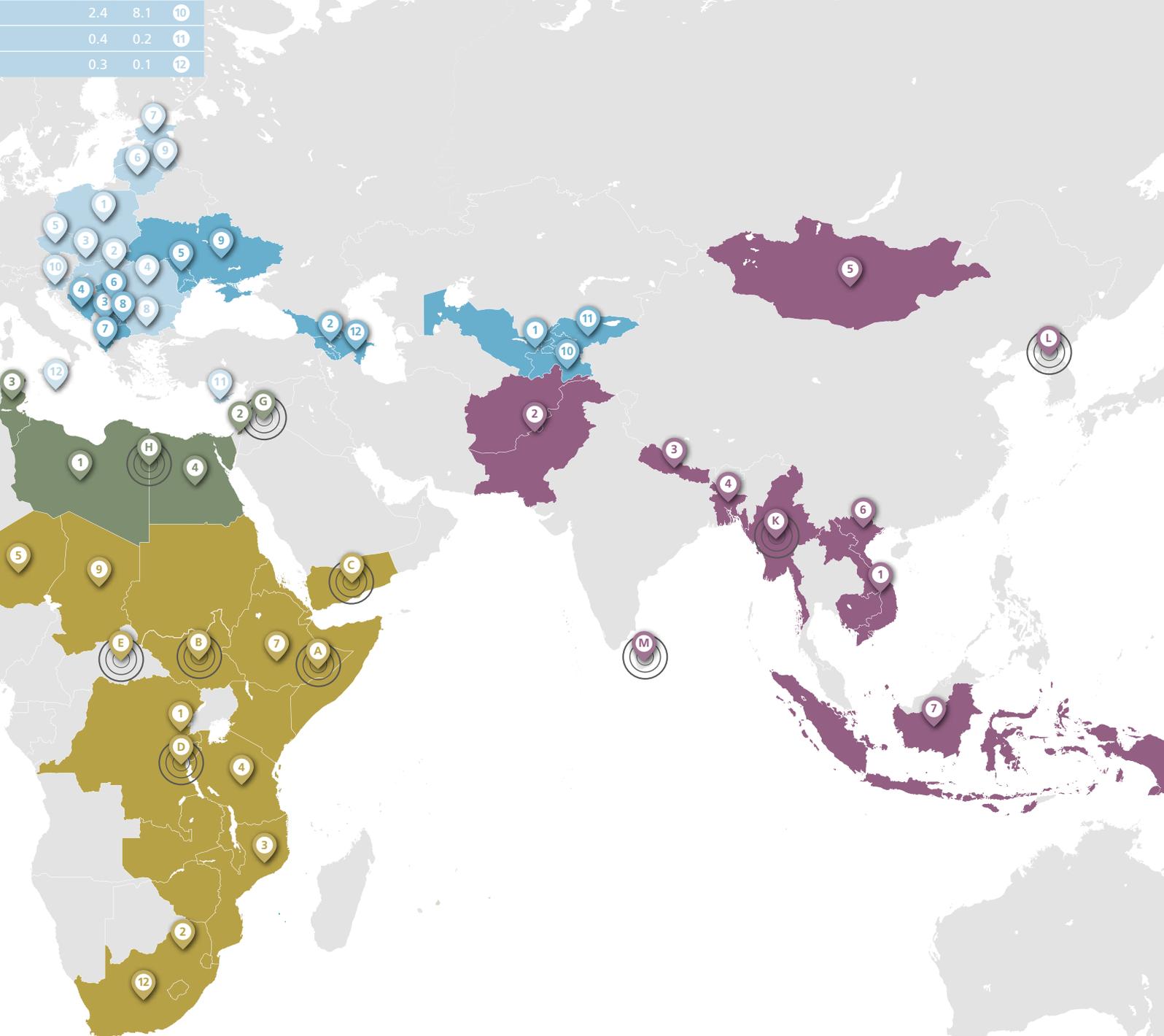
Osteuropa/ GUS	Zentralasien ¹¹	34.0	32.3	1
	Südkaucasus ¹²	17.2	13.7	2
	Kosovo	14.7	12.7	3
	Bosnien und Herzegowina	13.9	12.9	4
	Republik Moldau	12.8	10.8	5
	Serbien	12.0	10.3	6
	Albanien	11.6	11.8	7
	Mazedonien	10.9	9.3	8
	Ukraine	8.7	6.7	9

SECO
Schwerpunktländer Ost

2015
Mio.
CHF

2014
Mio.
CHF

Osteuropa/ GUS	Tadschikistan	14.0	18.4	10
	Kirgisistan	12.6	14.4	11
	Ukraine	10.4	11.6	9
	Kosovo	8.9	8.7	3
	Albanien	8.9	12.3	7
	Bosnien und Herzegowina	7.8	4.6	4
	Mazedonien	4.9	5.1	8
	Serbien	3.6	4.5	6
	Aserbaidshan	1.1	2.3	12





In Indonesien ernten Frauen Kakao. Seit 4 Jahren unterstützt das SECO in Indonesien das Sustainable Cocoa Production Program. Dieses hat zum Ziel, auf umweltschonender Basis die gesamte Kakao-Wertschöpfungskette im indonesischen Kakaosektor zu entwickeln. Dazu gehören unter anderem die Förderung eines vertieften Verständnisses des internationalen Handels sowie auch ein erleichterter Zugang zum Weltmarkt und die Ermöglichung von Geschäftsbeziehungen zu schweizerischen und europäischen Importeuren.

DAS RICHTIGE GESCHÄFTSUMFELD FÜR MEHR UND BESSERE JOBS

Weltweit werden neun von zehn Jobs von der Privatwirtschaft bereitgestellt. Ein attraktives und zugleich nachhaltiges Geschäftsumfeld setzt aber wirksame staatliche Institutionen, gute öffentliche Dienstleistungen und verantwortungsvolle Unternehmensführung voraus.

Eine solide Infrastruktur und Dienstleistungen wie Elektrizität, Wasser und sanitäre Grundversorgung sind für Unternehmen nicht weniger wichtig als die richtigen wirtschaftlichen, rechtlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen. Die Schweiz unterstützt seine Partnerländer deshalb bei Reformen, die öffentliche Dienstleistungen verbessern und staatliche Institutionen stärken.

So hilft ein Programm in Peru der öffentlichen Finanzverwaltung bei der Verbesserung der Budgetplanung, der Ausgabenkontrolle und bei der Generierung von Steuereinnahmen. In Albanien werden verschiedene Städte bei der Versorgung der Bevölkerung und der lokalen Wirtschaft mit Wasser unterstützt. Im vergangenen Jahr haben sich dadurch sowohl die Leistung der Versorgungsbetriebe wie auch deren Deckung der Betriebskosten erhöht. Die Kosten werden mit Wasserzählern präziser erhoben und können durch verbesserte Rechnungsstellung effizienter eingetrieben werden.

Gute Unternehmensführung: wenn der Privatsektor Verantwortung übernimmt

Eine gute Infrastruktur reicht allein nicht. So wie Staaten gute Rahmenbedingungen befolgen sollen, braucht auch der Privatsektor Richtlinien, damit Unternehmen verantwortungsbewusst geführt werden. Die gute Unternehmensführung, die sogenannte Corporate Governance, gehört seit Ende der 1990er Jahre zu den Themen der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz. Sie umfasst Vorschriften, Werte und Grundsätze,

die bestimmen, wie private Unternehmen geführt und überwacht werden.

Corporate Governance wie auch die Schaffung von guten Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Privatwirtschaft stehen in Einklang mit der 2015 von der UNO verabschiedeten Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Diese räumt der Mobilisierung von privatem Kapital und der Etablierung von Partnerschaften mit dem Privatsektor für die Finanzierung der Entwicklungsziele einen wichtigen Platz ein. Die neue Botschaft über die internationale Zusammenarbeit der Schweiz 2017–2020 sieht vor, dass über Investitionen in Unternehmen und die Stärkung internationaler Standards mehr zur Schaffung von menschenwürdigen Arbeitsplätzen beigetragen wird.

Die Unterstützungsarbeit des SECO setzt dort an, wo gesetzliche Grundlagen fehlen oder lückenhaft sind. Hier gilt es, institutionelle Rahmenbedingungen für Corporate Governance-Standards zu schaffen und entsprechende Kapazitäten aufzubauen. Zudem sensibilisiert das SECO die betroffenen Akteure dafür, dass Investoren einen grossen Wert auf die Einhaltung von Corporate Governance- und Corporate Social Responsibility-Standards legen.

Die Etablierung von Corporate Governance in Indonesien

2015 unterstützte das SECO in Indonesien zusammen mit der International Finance Corporation (IFC) der Weltbankgruppe verschiedene

Corporate Governance-Projekte. Die IFC berät indonesische Unternehmen direkt, etwa bezüglich grösserer Transparenz oder besserem Aktionärsschutz. Gleichzeitig fördert sie den Aufbau und die Umsetzung von Gesetzen und Vorschriften auf öffentlicher Seite. Als Drittes baut die IFC die Kapazitäten von lokalen Partnerorganisationen auf, die dann ihrerseits wieder Unternehmen beraten.

Zusammen mit ihren Partnern erreichte die IFC 2015 mehr als 3000 Akteure in indonesischen

Familienunternehmen, Aktiengesellschaften, Banken und staatlichen Unternehmen, davon mehr als 900 Frauen. Ihnen wurde ermöglicht, spezifische Massnahmen für ihre Organisationen aufzubauen.

Schweizer Engagement geht weiter als Corporate Governance

Seit 2012 betreut das SECO in Indonesien zudem ein Projekt, das über Corporate Governance hinausgeht. Das «Sustainable Cocoa Production Program» (SCPP), welches das SECO mit ver-



Ein vom SECO unterstütztes Projekt hat in Indonesien die Förderung von Corporate Governance zum Ziel.

schiedenen Partnern durchführt, schliesst weitere Rahmenbedingungen für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum ein: Es will auf umweltschonender Basis die gesamte Wertschöpfungskette im indonesischen Kakaosektor entwickeln und dadurch den Lebensstandard für rund 60 000 Kakao-Kleinbauern verbessern.

«Das SECO unterstützt mit einer öffentlich-privaten Partnerschaft Kleinbauern im nachhaltigen Kakaoanbau. Eine qualitativ bessere und quantitativ höhere Ernte trägt zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit bei und erleichtert den Zugang zu internationalen Märkten.»

Dank technischer Unterstützung und Weiterbildungen werden Anbaumethoden und andere landwirtschaftliche Produktionsfaktoren verbessert und zertifiziert. Damit werden höhere Hektarerträge und eine bessere Qualität der Kakaobohnen erreicht. Weitere Projektinhalte sind eine moderne Nachbehandlung der Ernte und rückverfolgbare Lieferketten sowie verbesserte Dienstleistungsmodelle und ein allgemein transparenterer Kakaohandel. Das SCPP versucht bei den involvierten Stellen ein vertieftes Verständnis des internationalen Handels zu erreichen. Dies soll ihnen einen besseren Zugang zum Weltmarkt ermöglichen und die Geschäftsbeziehungen zu schweizerischen und europäischen Importeuren erleichtern.

Solche umfassenden Veränderungen setzen eine Partnerschaft von relevanten Akteuren aus dem öffentlichen und privaten Sektor voraus. Das SCPP arbeitet mit 4500 Kakaoproduzentengruppen zusammen, die ihrerseits mit rund 1000 vor- und nachgelagerten Mikrounternehmen, Bauernorganisationen und KMU verbunden sind. Ebenfalls involviert sind 10 multinationale Kakao- und Schokoladenunternehmen, Behördenstellen und NGOs. Vom Projektbudget von knapp CHF 16 Millionen finanziert das SECO rund CHF 6,5 Millionen.

«Für viele Partnerländer bietet die Förderung von Produkten aus biologischem Anbau und fairem Handel eine gute Möglichkeit, ihre Absatzchancen in der Schweiz und in der EU zu verbessern.»

Mit seiner Unterstützung sowohl öffentlicher als auch privater Akteure bei der Ausarbeitung und Verbreitung von wirtschaftsförderlichen Regeln und Normen engagiert sich das SECO für eine gute wirtschaftliche Gouvernanz. Diese ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass die strategischen Entwicklungsziele des SECO erreicht werden können.

NACHHALTIGES WIRTSCHAFTSWACHSTUM

- Finanzstabilität und gute Regierungsführung
- Nachhaltig wachsender Handel
- Entwicklung des Privatsektors und der Finanzdienstleistungen
- Infrastruktur und städtische Entwicklung

Um Armut und Ungleichheiten zu reduzieren, ist ein anhaltendes Wirtschaftswachstum unentbehrlich. Der Privatsektor ist die Hauptantriebskraft für dieses Wachstum. Die Integration in den Weltmarkt verschafft Entwicklungsländern Zugang zu Absatzmärkten und Investitionsquellen.

Die Schweiz setzt sich in Partnerländern für ein nachhaltiges und breit abgestütztes Wirtschaftswachstum ein. Im Fokus stehen dabei die Verwaltung öffentlicher Mittel, die Rahmenbedingungen für private Investitionen, die Stabilität des Finanzsektors, die Finanzierung öffentlicher Dienstleistungen, die Infrastruktur, die Nutzung von Ressourcen, die Handelsliberalisierung und der Arbeitsmarkt.

LAGEBERICHT AUS MAZEDONIEN: EIN MARKT, DER NIEMANDEN AUSGRENZT

Zwei National Programme Officers der Schweizer Botschaft in Skopje erklären, wie von der DEZA gestützte Initiativen für wirtschaftliche Entwicklung ausgegrenzten und schutzlosen Gruppen in Mazedonien zu Gute kommen.



Wirtschaftliche Entwicklung ist ein relativ neuer Schwerpunkt der Schweizer Kooperationsstrategie für Mazedonien. Mehrere von der DEZA geförderte marktgestützte Modelle sollen einigen der schutzlosesten Gruppen zugutekommen. Eines dieser Modelle ist «Unsere gute Erde», die erste Bio-Einkaufsgenossenschaft Mazedoniens. 2015 wurde sie für

ihren innovativen Ansatz mit dem mazedonischen Preis für Sozialverträglichkeit ausgezeichnet. Lilian Kandikjan, National Programme Officer (NPO) an der Schweizer Botschaft in Skopje, erklärt: «Unsere gute Erde erhielt den Preis, weil sein Konzept einer basisorientierten Landwirtschaft und Ernährungssouveränität einzigartig ist. Dieser Ansatz erlaubt den Verbrauchern in abgelegenen ländlichen Gebieten, Kleinbauern zu unterstützen und die Risiken beim Anbau, der Vermarktung und der Finanzierung gemeinsam zu tragen. Zudem bietet die Genossenschaft den Bauern direkten Zugang zum Bio-Markt in Skopje, auf dem sie ihre Erzeugnisse zu 30 Prozent höheren Preisen verkaufen können.»

Weitere wichtige Initiativen der Schweizer internationalen Zusammenarbeit im West-

balkan konzentrieren sich auf den Einbezug der Roma-Bevölkerung. Allein im letzten Jahr verhalf die DEZA rund 1000 schutzbedürftigen Personen – darunter auch Roma – zu einer Erwerbstätigkeit. Eine wesentliche Rolle spielte das Mentoring, denn es half den Roma, Zugang zu vorhandenen Beschäftigungsmassnahmen zu erhalten oder sich durch Lehrgänge und Praktika weiterzubilden.

Aneta Damjanovska, ebenfalls NPO an der Schweizer Botschaft in Skopje, betont: «Mentoring ist ein Erfolgsfaktor. Es wurde eingeführt, um Roma zu ermöglichen, Unterstützung bei der Arbeitssuche in Anspruch zu nehmen. Selbstständige und Angestellte in hochqualifizierten Bereichen wie Informations- und Kommunikationstechnologie, Zahnmedizin und Recht wurden wirkungsvoll gefördert. In der Folge übernahm das staatliche Arbeitsamt diese Methode und setzt sie nun bei allen schutzbedürftigen Gruppen ein.»

FAIRE ARBEITSPLÄTZE IN GHANA

Zusammen mit der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) unterstützt die Schweiz in Ghana die betriebliche Berufsausbildung, um Arbeitsbedingungen zu verbessern und die Produktivität zu erhöhen.

Der Projektleiter, Kwamina Amoasi Andoh, erklärt, wie das Projekt «Förderung wettbewerbsfähiger und verantwortungsbewusster Unternehmen» (SCORE) mehr und bessere Arbeitsplätze schafft.

Herr Andoh, wie würden Sie den Ansatz von SCORE beschreiben?

SCORE zeigt, dass gute Arbeitsbedingungen nicht nur die Produktivität, sondern auch die Qualität der produzierten Waren und Dienstleistungen erhöhen.

Wie werden die Arbeitsbedingungen durch SCORE verbessert?

SCORE fördert die Zusammenarbeit zwischen Betriebsleitung und Arbeitnehmenden und die Entwicklung gemeinsamer Ansätze für die Gestaltung sauberer und

sicherer Arbeitsplätze. Dadurch wird das Risiko von Arbeitsunfällen verringert und das Arbeitsumfeld attraktiver. Die Arbeitnehmenden sind zufriedener, der Absentismus geht zurück, die Fluktuationsraten sinken und die Produktivität nimmt zu.

Welche Vorteile hat das für Firmen in Ghana?

Dank erhöhter Produktivität und besserer Qualität haben die Firmen mehr Kunden, steigern ihren Umsatz und schaffen mehr Arbeitsplätze. Die ghanaische Firma Perf-teck zum Beispiel verdreifachte ihre Belegschaft, nachdem sie am SCORE-Lehrgang teilgenommen hatte. Dank erhöhter Arbeitsproduktivität und Ressourceneffizienz erhielt sie Aufträge von zwei multinationalen Unternehmen und konnte so ihre Produktion vervierfachen. Trotz der in den

letzten Jahren sehr schwierig gewordenen Wirtschaftslage hat keine der von SCORE geschulten Firmen einen Betrieb in Ghana geschlossen, während viele andere Unternehmen dazu gezwungen waren.



AUSGEWÄHLTE RESULTATE 2015



► **Das SECO setzt sich für einen sozialen, umweltverträglichen und alle Bevölkerungsschichten umfassenden Handel ein.**

In **Kolumbien** beispielsweise unterstützt das SECO unter anderem Kakaoproduzentenverbände bei der nachhaltigen Kakaoproduktion. Bis 2015 haben 2020 Personen direkt und 2700 indirekt davon profitiert (rund ein Drittel Frauen). Dank der Hilfe konnte das lokale Produzentennetzwerk «Red Cacaotera» letztes Jahr 132 Tonnen an qualitativ hochwertigem Spezialitätenkakaο in die Schweiz, England, Belgien und Japan exportieren, was eine Steigerung von 46 Prozent gegenüber dem Vorjahr darstellt.

► **Die Schweiz hat langjährige Erfahrung bei der Förderung des Privatsektors in ihren Partnerländern. Dabei ist ihr Engagement für Partnerschaften mit dem Privatsektor von zentraler Bedeutung.**

Der NGO «Swiss Capacity Building Facility» gehören die DEZA sowie verschiedene Privatunternehmen und Stiftungen an. Die NGO bietet Finanzinstitutionen in Entwicklungsländern wie

Versicherungsgesellschaften, Mikrofinanzinstituten, Sparkassen und Handelsbanken technische Hilfe an, damit diese den ärmsten Bevölkerungsschichten noch besser dienen können. Aufgrund der realisierten Fortschritte dürfte das Ziel von 720 000 neuen Kunden Ende 2017 erreicht sein.

► **Die Aktivitäten des SECO verbessern das Geschäftsumfeld, erleichtern KMU den Zugang zu Finanzmitteln und unterstützen verantwortungsbewusstes Unternehmertum.**

In der **Region des Nahostens** und **Nordafrikas** unterstützt das SECO so seit 2012 ein Programm zur Verbesserung des Geschäftsumfelds und der Dienstleistungen für KMU sowie zum Aufbau von nachhaltigen Mikrofinanz- und Bankdienstleistungen. Die bisherigen Resultate sind ermutigend: 2015 vergaben insgesamt 13 Finanzinstitute in fünf Ländern bzw. Regionen, deren Mikrofinanzdienstleistungen unterstützt worden waren, 960 779 Mikrokredite im Wert von zusammen rund 729 Millionen US-Dollar. An Frauen wurden 549 721 Mikrokredite und an KMU 5986 Kredite im Wert von insgesamt 413 Millionen US-Dollar vergeben.



In Kirgisistan stimmt eine Frau bei nationalen Wahlen ab. Eine aktive Beteiligung der Bevölkerung am politischen Leben gehört zu den wichtigsten Zielen der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz. Die Förderung der Demokratisierung ist darum ein Kernanliegen der DEZA. Grundpfeiler der Demokratisierungsbemühungen sind die Stärkung der Zivilgesellschaft sowie die Schaffung von Räumen für Dialoge und Absprachen zwischen Zivilgesellschaft und Staat auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene.

WENN DIE BEVÖLKERUNG AUF GEMEINDEEBENE MITBESTIMMT

Jahrelange Korruption und Einschränkung persönlicher Freiheit haben in vielen ehemals kommunistischen Staaten das Vertrauen von Bürgerinnen und Bürgern in ihre Regierung schwinden lassen. Mit Initiativen auf lokaler Ebene setzt sich die Schweiz für die Demokratieförderung ein.

Nach raschen Fortschritten in den 1990-er Jahren und den Hoffnungen, die Anfang 2011 mit dem arabischen Frühling geweckt wurden, durchlaufen heranwachsende demokratische Ideale seit mehreren Jahren eine turbulente Phase. In ihrem aktuellen Jahresbericht weist die Organisation Freedom House, die den Stand der politischen Rechte und bürgerlichen Freiheiten in der Welt überwacht, zum neunten Mal in Folge auf eine allgemeine Verschlechterung der Lage hin. Die Förderung von Demokratie bleibt für die Schweiz auch in diesem Kontext ein Arbeitsschwerpunkt.

Ziel der DEZA ist es dabei nicht, ein einheitliches Modell einer demokratischen Regierungsführung vorzuschreiben. Vielmehr passt sie ihre Massnahmen an den Kontext an und bemüht sich im Rahmen des Möglichen um eine Verbesserung der bestehenden Strukturen. Die Unterstützung eines Landes auf seinem Weg zur Demokratie ist ein langer und komplexer Prozess, der ein multidimensionales Engagement erfordert. Daher arbeitet die DEZA auf verschiedenen Entscheidungsebenen mit zahlreichen Akteuren – von einzelnen Bürgerinnen und Bürgern über zivilgesellschaftliche Organisationen bis hin zu Parlamenten und Ministerien.

Der Bevölkerung wieder Gehör verschaffen

Ein Bereich, in dem die Schweiz über langjährige Erfahrung verfügt, ist die Stärkung der Dezentralisierung und der demokratischen Praxis auf lokaler Ebene. Unter Dezentralisierung versteht man die Übertragung von Verantwortungen und Mitteln

an lokale und regionale Behörden. In Kirgisistan, dem zentralasiatischen Land, das den demokratischen Kurs am entschiedensten verfolgt, unterstützt die DEZA seit 2011 ein Projekt, das der Bevölkerung mehr Mitsprache in Budgetfragen auf kommunaler Ebene einräumen soll. Bei dem von einer lokalen NGO durchgeführten Projekt erhalten die Bürgerinnen und Bürger das notwendige Rüstzeug, mit dem sie nicht nur die Entscheidungen über Mittelzuweisungen beeinflussen, sondern auch Rechenschaft von den Behörden verlangen können.

Mehr Mitspracherecht für Bürgerinnen und Bürger

Konkret bilden die Bürgerinnen und Bürger Initiativgruppen, in denen sie die wichtigen Anliegen in ihrem Dorf besprechen und Prioritäten festlegen. Gemeinsam mit der Lokalregierung erarbeiten sie dann Vorschläge zur Erfüllung der Bedürfnisse, die nach Ansicht der Gemeinschaft am dringendsten sind. Zudem werden Vertreter der lokalen Bevölkerung im Bereich Haushalts- und Finanzplanung geschult, so dass sie sich bei der Diskussion mit den Gemeindebehörden zur Mittelverwendung äussern können. Am Schluss liegt ein gemeinsamer Aktionsplan vor. Bei der Umsetzung übernehmen die Initiativgruppen und die Vertreter der Lokalregierung die Steuerung und die Überwachung gemeinsam. Auf diese Weise setzt die Lokalregierung ihre Mittel entsprechend den Bedürfnissen vor Ort ein. Gleichzeitig ist ein Maximum an Transparenz und Rechenschaft gewährleistet.



Kinder gehen in den neuen Kindergarten der Gemeinde Bosteri, der im Zuge eines DEZA-Projekts initiiert wurde.

Die lokalen Behörden sind nicht immer mit den Ressourcen ausgestattet, die sie für die Erbringung hochwertiger Leistungen für die Bevölkerung benötigen. Daher sieht eine zweite Stossrichtung des Projekts eine Ausbildung für Behördenvertreter vor, mit der diese ihre Managementfähigkeiten ausbauen und ihre Regierungsführung vermehrt auf die Bürgerinitiativen ausrichten können.

Endlich ein neuer Kindergarten!

Im Rahmen dieses Projekts gewährt die DEZA kleine Zuschüsse für Vorhaben, die bei der Konsultation der Bevölkerung als vorrangig identifiziert wurden. Diese Zuschüsse sollen lokale Initiativen fördern, aber mittelfristig durch nationale Finanzmittel abgelöst werden. Bislang wurden 58 Projekte realisiert, die etwa 500 000 Menschen zugutekamen.

Eines davon ist der Kindergarten in der Gemeinde Bosteri. Weil der bestehende Kindergarten über zu wenige Plätze verfügte, konnten viele Frauen keiner Erwerbstätigkeit nachgehen und somit nicht zur Sicherung des Lebensunterhalts beitragen.

«Auf lokaler Ebene fördert die Schweiz das Bewusstsein der ländlichen Bevölkerung für ihre Rechte auf staatliche Leistungen. So wird den Bedürfnissen der Bevölkerung Gehör verschafft und die staatliche Rechenschaftsablegung verbessert.»

2012 trat Rosa Toktobajewa der Initiativgruppe ihres Dorfes bei. «Dank der Schulung, den Gesprächen und den öffentlichen Anhörungen lernten wir, den Dialog mit der Lokalregierung aufzunehmen und unseren Anliegen Gehör zu

verschaffen», sagt sie. «Durch das Projekt wurde der Mangel an Kindergartenplätzen als dringliches Problem erkannt.» Es gelang, die Lokalregierung zu überzeugen, so dass der alte Kindergarten mithilfe eines Zuschusses umgebaut und erweitert werden konnte. Heute kann er 20 bis 24 Kinder zusätzlich aufnehmen. Wie dieser Kindergarten haben mehr als 67 Prozent der bezuschussten Projekte das Ziel, Probleme anzugehen, die vor allem Frauen, Jugendliche und die am stärksten benachteiligten Menschen betreffen.

Allmähliche Vertrauensbildung

Die lokale Ebene bietet besonders geeignete Ansatzpunkte für die Demokratieförderung. Durch den direkten Kontakt zwischen Regierung und Bevölkerung, den Massnahmen auf dieser Ebene mit sich bringen, kann das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Behörden wiederhergestellt werden. Dieses Vertrauen war infolge von Korruption und jahrelanger Einschränkung persönlicher Freiheiten in vielen Ländern geschwunden. Haben die Menschen mehr Mitsprache am politischen Leben, wächst auch der soziale Zusammenhalt innerhalb der Gemeinschaften. Erhebungen zufolge ist die Bevölkerung der am Projekt teilnehmenden Gemeinden deutlich zufriedener mit den bereitgestellten Dienstleistungen (45 Prozent im Jahr 2014 gegenüber 22 Prozent bei Projektbeginn).

Der Bürgermeister der kirgisischen Gemeinde Bosteri, Timur Ajiltschiew, bringt es so auf den Punkt: «Die Teilnahme an diesem Projekt war für

uns eine gute Gelegenheit, unsere Managementfähigkeiten unter Beweis zu stellen. Wir lernten, unsere Budgetverantwortung gewissenhaft wahrzunehmen. Die neuen Prozesse wiederum haben dazu beigetragen, dass die Bevölkerung heute mehr Vertrauen in die Regierung hat.»

Beteiligung an der nationalen Politikdebatte

Um die lokal erzielten Fortschritte im nationalen Rechtsrahmen zu verankern, engagiert sich die DEZA auch bei den politischen Reformen. Ziel ist es, die finanzielle Dezentralisierung in Kirgisistan zu fördern, damit den lokalen und regionalen Behörden mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden.

«Die Schweiz unterstützt die Transitionsprozesse in Zentralasien seit Beginn der 1990er-Jahre.»

So konnten dank der intensiven Bemühungen, die die DEZA in politischer Hinsicht unternahm, etwa 30 Gesetzesänderungen auf nationaler Ebene verabschiedet werden, die die Dezentralisierung stärken und dadurch ernsthaften Bedrohungen für die laufenden Reformen entgegenwirken. Diese Bemühungen werden durch ein vom SECO finanziertes Schweizer Projekt ergänzt, das darauf hinsteuert, die Verwaltung öffentlicher Finanzen sowie der Finanzflüsse zwischen Zentralregierung und lokalen Behörden transparenter zu machen.

DEMOKRATIE UND MARKTWIRTSCHAFT

- Stärkung der Parlamente, Demokratisierung, Staatsreform
- Förderung der Lokalverwaltung
- Entfaltung von marktwirtschaftlichen Systemen

Die Schweiz unterstützt die Transition zu demokratischen, sozialen, rechtsstaatlichen und marktwirtschaftlichen Systemen mit bürgerorientierten Lokalverwaltungen in Ländern des Südens und Ostens. In der Demokratieförderung steht die Stärkung der Parlamente, der Justiz und der guten Regierungsführung im Zentrum. Die Vorbeugung und Bekämpfung von Korruption ist dabei besonders wichtig. Eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Privatsektor ist ebenfalls ein zentrales Anliegen des Schweizer Engagements im Transitionsbereich.

SLOWAKEI: EIN REZEPT FÜR WENIGER ARBEITSLOSIGKEIT

Die hohe Jugendarbeitslosigkeit in der Slowakei droht die Gesellschaft auf Jahre hinaus zu belasten. Mit dem Erweiterungsbeitrag engagiert sich die Schweiz vor Ort für ein duales Berufsbildungssystem.



Dank besserer Abstimmung auf die Nachfrage des Arbeitsmarktes und der Verbindung von Theorie und Praxis soll mittelfristig die hohe Jugendarbeitslosigkeit von gegenwärtig rund 30% in der Slowakei verringert werden. Mit Hilfe des Eidgenössischen

Hochschulinstituts für Berufsbildung (EHB) wurden die Ausbildungspläne verschiedener Berufsrichtungen neu gestaltet. Zusammen mit Berufsschulen, Unternehmen und Berufsorganisationen in den Branchen Chemie,

Hochbau, Elektrotechnik, Lebensmittelindustrie und Gastgewerbe wurden praxisnahe Lehrpläne vereinbart. In zehn Berufsschulen absolvieren bereits mehrere hundert Lernende einen Teil des Lernprozesses integriert in private und öffentliche Betriebe. Das neue Berufsbildungsgesetz von April 2015 ist auch inspiriert von der Schweizer Erfahrung und erklärt das duale Berufsbildungsmodell zum neuen Standard. Parallel dazu zielt eine landesweite Informationskampagne darauf ab, die Berufsbildung als attraktive Berufswahl zu profilieren.

Mit dem Schweizer Erweiterungsbeitrag, der nicht Teil der öffentlichen Entwicklungshilfe ist, unterstützt die Schweiz Projekte in den 13 Ländern, die seit 2004 der Europäischen Union (EU) beigetreten sind. Damit leistet die Schweiz einen solidarischen Beitrag zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU.

EIN STARKES FINANZWESEN FÜR KOLUMBIEN

Kolumbien findet vermehrt Zugang zur Weltwirtschaft und zeigt unternehmerische Initiative. Das SECO unterstützt das Land bei der Stärkung des öffentlichen Finanzwesens.

Um das nachhaltige Wirtschaftswachstum zu fördern, hat das SECO im Rahmen eines bilateralen Projekts im vergangenen Jahr mehr als 480 Angestellte verschiedener öffentlicher Stellen Kolumbiens ausgebildet. Die Ausbildungen sollen die Staatsangestellten dazu befähigen, Reformen in verschiedenen Bereichen des öffentlichen Sektors effektiver durchzuführen. Zu den behandelten Themen gehörten unter anderem Gemeindesteuern, Leistungsbudgetierungen und Kontenplanungen gemäss internationalen Standards.

Die Teilnehmenden kommen aus dem Finanzministerium, dem nationalen Planungsdepartement, dem obersten Amt für Staatsbuchhaltung, dem nationalen Statistikamt und der Zentralbank. Sie betonten, dass sich infolge des SECO-Projekts vor

allem die Zusammenarbeit und Koordination zwischen den verschiedenen Institutionen verbessert hat.

Das Projekt lief 2013 an und dauert noch bis 2018. Es weist bereits wichtige Resultate

aus, die Kolumbien auf dem Weg zum OECD-Beitritt massgeblich unterstützen. So wurden als Folge des Projekts mehrere Empfehlungen in den nationalen Entwicklungsplan 2014–2018 aufgenommen, der die Prioritäten der Regierung festlegt. Werden diese umgesetzt so kann dies die internationale Wettbewerbsfähigkeit von Kolumbien nachhaltig verbessern.



AUSGEWÄHLTE RESULTATE 2015



► ***In der Konfliktbewältigung und der Friedenssicherung hat sich die Schweiz dank ihres Fachwissens und ihres Engagements für die Menschenrechte als glaubwürdige Akteurin positioniert.***

In der **Region der Grossen Seen** beispielsweise bietet die DEZA im Rahmen eines Programms zur Grundstücksicherung in Burundi den Gemeindebehörden, die für die Registrierung der Grundstücke zuständig sind, ihre Unterstützung an. Für die betroffene Bevölkerung wird es so einfacher, ihre Eigentumsrechte zu erhalten. In schwierigen Fällen werden Dorfgruppierungen direkt in die Lösung von Bodenkonflikten miteinbezogen. Bis heute konnten von fast 850 Bodenkonflikten über die Hälfte mit der Gründung von Versöhnungskommissionen und mit Mediation gelöst und die betroffenen Grundstücke an ihre ursprünglichen Besitzer zurückgegeben werden.

► ***Dank ihres kontinuierlichen Engagements in 12 fragilen Partnerländern hat die Schweiz dazu beigetragen, den betroffenen Gebieten wieder eine längerfristige Entwicklungsperspektive zu geben und die Lebensbedingungen der Bevölkerung zu verbessern.***

In **Afghanistan** etwa bewirkte die Unterstützung der Menschenrechtskommission und der Zivilgesellschaft durch die DEZA eine Stärkung der Menschenrechte, insbesondere der Rechte der Frauen. Dies zeigte sich in der Wahrnehmung von über 1000 Afghaninnen in 29 Provinzen, die sagten, sie fühlten sich sicherer vor Konflikten. Schliesslich wurden dank der Unterstützung der DEZA, die auch zur Steigerung der Leistungsfähigkeit des Justizsystems beitrug, über 300 erwachsene Häftlinge, darunter 60 Frauen und über 100 Minderjährige, die ohne Verfahren und zu Unrecht verurteilt worden waren, in die Freiheit entlassen.

► ***Die von der Schweiz unterstützten politischen und rechtlichen Reformen ermöglichen eine bessere Vertretung der Minderheiten sowie die Ausarbeitung höherer rechtlicher Standards.***

In **Haiti** zum Beispiel unterstützt die DEZA die Regierung dabei, die Frage der schleppenden Gerichtsverfahren und der unbefristeten Präventivhaft anzugehen. Die Haftbedingungen haben sich für über 9000 Inhaftierte, die Rechtshilfe erhielten, schon deutlich verbessert.



In den peruanischen Anden treibt eine Frau eine Herde Lamas vor sich her. Das Andenhochland in Peru ist von den Auswirkungen des Klimawandels stark betroffen. Ein von der DEZA unterstütztes Projekt hat zum Ziel, die Lebensgrundlage der armen, ländlichen Bevölkerung zu sichern, indem deren Anpassungsfähigkeit an die Folgen des Klimawandels gestärkt wird. Hierfür erarbeitet die DEZA mit ihren Projektpartnern auf lokaler, regionaler sowie nationaler Ebene an Lösungen.

BERGBÄUERINNEN UND BERGBAUERN TROTZEN DEM KLIMAWANDEL

In den Anden ist die Erderwärmung bereits Realität. Mit dem PACC-Projekt hilft die DEZA den Behörden und der Bevölkerung des peruanischen Hochlands, besser mit den Folgen des Klimawandels umzugehen.

Peru ist bereits heute eines der am stärksten vom Klimawandel betroffenen Länder, und die Erwärmung geht weiter: Bis 2030 wird sich die durchschnittliche Temperatur um mindestens 1,5°C erhöhen. In 40 Jahren werden im Andenhochland nur noch 60 Prozent der heutigen Wassermenge zur Verfügung stehen.

Diese Entwicklung ist besorgniserregend für die Bevölkerung der Puna-Region im Südosten Perus. Das Ökosystem der Puna weist von jeher hohe Temperaturschwankungen und geringe Regenfälle auf. Die Erderwärmung hat aber noch stärkere Temperaturschwankungen und noch weniger Regenfälle zur Folge und bedroht damit die Lebensgrundlagen der Bevölkerung, das heisst Landwirtschaft und Viehzucht. Gelingt es ihnen nicht, sich anzupassen, werden viele Menschen gezwungen sein, das Land ihrer Vorfahren zu verlassen, wenn sie nicht in extremer Armut leben wollen.

Zuverlässige Wetterprognosen

Das PACC-Projekt (Programa Adaptación al Cambio Climático) trägt dazu bei, die Anfälligkeit der Hochlandbevölkerung für die Folgen des Klimawandels zu verringern. Das 2009 mit Unterstützung der peruanischen Regierung und der DEZA lancierte Projekt wird gemeinsam vom Umweltministerium Perus sowie mehreren Regionalbehörden umgesetzt. Zudem beteiligen sich Vereinigungen aus beiden Ländern sowie Akteure aus dem Privatsektor daran. Die Einsätze im Feld konzentrieren sich auf zwei Orte: das Einzugs-

gebiet von Huacrahuacho in der Region Cuzco und das Einzugsgebiet von Mollebamba in der Region Apurímac. Die unmittelbaren Begünstigten sind mehr als 1700 Familien in 21 Dörfern.

Eine gelungene Anpassung an den Klimawandel setzt voraus, dass er bekannt ist, verstanden wird und nach Möglichkeit auch seine weitere Entwicklung prognostiziert werden kann. Fachleute des Staatlichen Meteorologischen und Hydrologischen Amtes (SENAHMI) von Peru führten Lehrgänge über das Sammeln und Auswerten meteorologischer Daten durch. So lernte zum Beispiel Silverio Choquenaira, ein etwa 50-jähriger Bauer aus der Region Cuzco, die immer weniger absehbaren klimatischen Veränderungen, die er beobachtet, zu dokumentieren. Dreimal täglich misst er an der Station Huacrahuacho Temperatur und Windstärke. Rechnet er mit schweren Regenfällen, Hagel oder Frost, informiert er die lokalen Radiosender. Seine Wetterprognosen wissen vor allem die anderen Bauern der Gegend zu schätzen, denn dank ihnen können sie ihre Ernten vor einem plötzlichen Wetterumschlag schützen.

Die einheimische Bevölkerung einbeziehen

Die Verantwortlichen des PACC-Projekts organisieren regelmässig Freundschaftswettbewerbe zwischen den Dörfern. Das ist eine gute Methode, das Interesse der Leute für Strategien der Anpassung an die Erderwärmung zu wecken. Die lokalen Behörden belohnen Personen, die in ihrem Gemüsegarten organischen Dünger benutzen, Wasserspeicher reparieren oder kommunale

Wasserleitungen ausbauen. In manchen Andenregionen werden kleine künstliche Seen («qochas» in Quechua) angelegt, um Regenwasser zu sammeln. So überstehen Dörfer die Dürrezeiten, denn Regenfälle werden hier immer seltener. Die Verantwortlichen des PACC-Projekts ermutigen die Bevölkerung in 18 Dörfern, die vorhandenen «qochas» durch Kanäle zu erweitern, welche die Bewässerung der Äcker und das Tränken des Viehs erleichtern.

«Die Auswirkungen des Klimawandels kennen keine geografischen Grenzen. Sie betreffen die gesamte Weltbevölkerung und sind dort besonders spürbar, wo die Lebensgrundlagen von Menschen direkt von der Natur abhängen.»

Bereits diese wenigen Beispiele machen deutlich, wie unterschiedlich die Einsätze vor Ort wie auch der Umfang der aktiven Mitarbeit der örtlichen Bevölkerung im PACC-Projekt sind. Die Einheimischen wissen am besten, welche Methoden sowohl für ihre Arbeit als auch für den Schutz ihrer Umwelt am wirksamsten sind. Das PACC-Projekt hat dazu beigetragen, den peruanischen Behörden vor Augen zu führen, mit welchen Herausforderungen ihr Land durch die Erderwärmung konfrontiert ist. Die Regierung wendet Umweltkriterien heute auch auf andere staatliche Vorhaben an. Darunter zum Beispiel das Projekt Haku Wiñay, das in 17 Regionen des Landes die Ernährungssicherheit gewährleisten soll.

Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern aus aller Welt

Das PACC-Projekt wird von mehreren Wissenschaftlern begleitet. Sie haben sich unter der Leitung des Geographischen Instituts der Universität Zürich zu einem Konsortium zusammengeschlossen, dem auch verschiedene Partnerinstitutionen in der Schweiz und in Peru angehören. Die peruanischen Hochschulen bilden nunmehr auch Klimaspezialisten aus. Damit hat das Land Fachleute, die Projekte wie PACC und Haku Wiñay durchführen können und generell über gute Kenntnisse der praktischen Arbeit vor Ort sowie der Bevölkerung verfügen.

Ein grosser Schritt vorwärts

Neben dem Einbezug staatlicher Behörden und der Verbreitung von Know-how gilt der Mitwirkung von Frauen auf allen Ebenen des PACC-Projekts ganz besondere Bedeutung. Die DEZA setzt sich vor allem dafür ein, dass den Frauen die Probleme des Klimawandels bewusst werden, dass sie vor Ort eine aktive Rolle spielen und dass sie in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden. In jüngster Zeit ist das PACC-Projekt in mehreren Debatten über die Rolle der Frauen beim Umgang mit dem Klimawandel als Referenz genannt worden, so etwa im Dezember 2015 bei einer Diskussion im Rahmen der Pariser Klimakonferenz COP 21.

«Wissen aus der Schweiz und anderen Ländern hilft der betroffenen Bevölkerung sowie öffentlichen und privaten Institutionen, Anpassungsmassnahmen in den Bereichen Wasser, Nahrungsmittelsicherheit und Risikoverminderung bei Naturkatastrophen zu erarbeiten.»

Grosse Beachtung findet das PACC-Projekt auch in internationalen Klimaverhandlungen, an denen die Schweiz durch ihre Projekterfahrungen einen grossen Mehrwert bieten kann. Das PACC-Projekt ist deshalb besonders interessant, weil es konkrete Empfehlungen zur Anpassung an den Klimawandel bietet, während sich die internationalen Diskussionen noch oft auf die Bekämpfung der Klimaerwärmung und die Reduktion der CO₂-Emissionen beschränken. Durch ihre Projekte und Initiativen leistet die Schweiz somit einen wichtigen Beitrag zu zentralen Klimafragen, die letztlich auch für die Zukunft anderer Länder entscheidend sind.



Im peruanischen Hochland lernen Schulkinder, wie Gemüse nachhaltig angebaut werden kann.

ENTWICKLUNGSFÖRDERNDE GLOBALISIERUNG

- Schutz der Umwelt und der natürlichen Lebensgrundlagen
- Erneuerbare Energien und Energieeffizienz
- Effiziente Ressourcennutzung

Entwicklungsfördernde internationale Spielregeln geben auch kleinen oder armen Ländern eine Chance, ihre Rechte durchzusetzen. Die Regelwerke der Staatengemeinschaft müssen so ausgestaltet werden, dass alle ihre umweltpolitischen Rechte wahrnehmen und sich nachhaltig in den Weltmarkt integrieren können.

Die Schweiz engagiert sich aktiv in den UNO-Umweltorganisationen, der Weltbank, den regionalen Entwicklungsbanken und der Landwirtschaftsorganisation FAO.

Doch auch Entwicklungsländer müssen einen Beitrag leisten und Verpflichtungen übernehmen. Dazu gehören eine nachhaltige Nutzung der Umwelt, ein effizienter Gebrauch von Ressourcen und die Bereitstellung nichtfossiler Energieträger.

WASSER ALS FRIEDENSQUELLE

Wasser ist zwar häufig Quelle von Spannungen und Instabilität, kann aber auch ein Instrument der Zusammenarbeit sein. Dieser Aspekt steht im Zentrum der Schweizer Wasserdiplomatie.

Bei der Wasserbewirtschaftung steht die Menschheit vor völlig neuen Herausforderungen. Die lebenswichtige Ressource wird oft schlecht bewirtschaftet und verschwenderisch eingesetzt und gibt Anlass zu Spannungen zwischen ihren Nutzern. Wasserkonflikte sind in verschiedenen Regionen der Welt deshalb bereits heute eine Realität.

Ausdruck dieser Auseinandersetzungen sind beispielsweise schwelende Konflikte im Zusammenhang mit grossen Staudämmen und Bergbaubetrieben. Noch dramatischer ist, dass Wasser auch als Kriegswaffe eingesetzt werden kann. So geschieht dies zum Beispiel im Irak oder in Syrien, wenn der Wasserzugang eines Teils der Bevölkerung systematisch abgeschnitten wird.

Wasser kann aber auch die Zusammenarbeit fördern und als Instrument des Friedens dienen. Aus dieser positiven Überzeugung heraus engagiert sich die Schweiz und trägt in Partnerschaft mit mehreren Organisationen der UNO, bilateralen Partnern und NGOs dazu bei, Wasserkonflikte frühzeitig zu verhindern.

Die Wasserbewirtschaftung und ihre Auswirkungen auf die Sicherheit gehören zu den Prioritäten der schweizerischen Aussenpolitik. Im November 2015 lancierte die Schweiz in Genf gemeinsam mit 14 weiteren Ländern ein unabhängiges Panel aus hochrangigen Persönlichkeiten und Sachverständigen. Das für die Dauer von zwei Jahren eingesetzte Panel soll Instrumente zur Verhinderung und Reduktion von Wasserkonflikten entwickeln.



DIE DIASPORA – MOTOR DER ENTWICKLUNG IN TUNESIEN

Viele in der Diaspora lebende Tunesierinnen und Tunesier haben die Fähigkeiten und die Motivation, zur Entwicklung ihres Heimatlandes beizutragen. Dabei werden sie von der DEZA unterstützt.

Mit der Unterzeichnung der Migrationspartnerschaft 2012 begann eine enge Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und Tunesien. Mit diesem Vertrag setzt die Schweiz ihre Bemühungen fort, die internationale Migrationszusammenarbeit zu verstärken und dabei einen globalen Ansatz zu verfolgen, der sowohl Probleme als auch Chancen berücksichtigt.

Zu den Chancen zählen die Kompetenzen und das Know-how der Diaspora. Die DEZA lancierte darum das Projekt «Communauté tunisienne résidante en Suisse pour le développement» (CTRS). Dieses soll der tunesischen Regierung helfen, diejenigen ihrer Institutionen zu stärken, welche die im Ausland lebenden Tunesierinnen und Tunesier betreuen. Zudem soll es der in der Schweiz lebenden Diaspora die Möglichkeit bieten, den im Land

verbliebenen Tunesierinnen und Tunesiern im Rahmen von Mikroprojekten oder durch die Förderung unternehmerischen Denkens ihr Fachwissen zur Verfügung zu stellen.

Anregungen zu Mikroprojekten kommen dabei häufig von Vereinen oder Einzelpersonen, deren Ideen dann mit Unterstützung namentlich der CTRS weiterentwickelt werden. So bot zum Beispiel an

einer Tagung im September 2015 in Zürich ein tunesischer Rentner an, sein Know-how in der Käseherstellung weiterzugeben. Anfang 2016 bildete er Einwohner der strukturschwachen Region von Kasserine in seinem Fach aus. Desgleichen wurde ein Verband in der Schweiz lebender tunesischer Akademiker und Akademikerinnen von der CTRS bei der Organisation eines Kurses für Informatikstudierende in Tunesien unterstützt. Thema des Kurses war das Potenzial des Internets als Innovationsmotor. Per Ende 2015 förderte die CTRS bereits acht Projekte dieser Art.



AUSGEWÄHLTE RESULTATE 2015



► **Seit 2013 entwickelt die DEZA aktiv innovative Formen der Zusammenarbeit mit Privatunternehmen mit dem Ziel, die Wirkung der von ihr unterstützten Projekte zu verbessern.**

Die «Remote Sensing-Based Information and Insurance for Crops in Emerging Economies» (RIICE) ist eine von der DEZA und mehreren öffentlichen und privaten Institutionen gemeinsam finanzierte Partnerschaft. RIICE setzt in 5 Ländern Ost- und Südasiens innovative Satellitentechnologie ein, um die Risiken der Reisproduzenten zu mindern, und bietet den Regierungen damit ein Instrument für das Risikomanagement. Zusätzlich bietet sie kleinen Reisbäuerinnen und Reisbauern auch Versicherungsprodukte an. Sie trägt so zur Ernährungssicherheit von mehr als 2 Millionen Menschen bei.

► **Das SECO fördert in seinen Partnerländern klimafreundliches Wachstum, indem unter anderem natürliche Ressourcen schonender bewirtschaftet und klimaschützende Finanzierungs- und Marktmechanismen gestärkt werden.**

In **Südafrika** unterstützt das SECO z.B. das UNIDO-Projekt Industrial Energy Efficiency, das lokalen Unternehmen hilft, ihre Energieeffizienz

zu verbessern. Bisher war das Projekt sehr erfolgreich, insbesondere in Bezug auf die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und die Reduktion des Energieverschleißes der beteiligten Unternehmen. Von Januar bis Oktober 2015 wurden über 3000 Arbeitsplätze erhalten oder neu geschaffen. Eine externe Begutachtung hat ergeben, dass die Lehren aus diesem Projekt auf die Umsetzung ähnlicher Projekte in 17 Ländern angewendet wurden.

► **Mit ihrem operativen Engagement will die Schweiz unter anderem die Situation von Millionen von Menschen verbessern, die süd- und südostasiatische Länder verlassen, um im Nahen Osten zu arbeiten.**

In **Sri Lanka** beispielsweise hat die DEZA in 10 von 25 Bezirken des Landes Beratungsbüros unterstützt, die die Aufgabe haben, Migrationswilligen Informationen über die Vorteile und Risiken der Arbeitsmigration, ihre Rechte und Pflichten sowie über die Arbeits- und Lebensbedingungen in ihren Zielländern anzubieten. Seit 2013 konnten 52.000 Haushalte ihren Entscheid über eine allfällige Migration aufgrund von zuverlässigen und präzisen Informationen fällen.

MALARIABEKÄMPFUNG: EIN ERFOLG ÖFFENTLICH-PRIVATER PARTNERSCHAFT

Dem Risiko, sich mit Malaria zu infizieren und daran zu erkranken, sind weltweit 3,3 Milliarden Menschen ausgesetzt. Das hemmt die Entwicklung der betroffenen Regionen. Um dieses Risiko einzudämmen, fördert die Schweiz mehrere Partnerschaften mit dem Privatsektor.

Ein Tropfen Blut wird auf einen Plastikchip von 10x3 Zentimetern appliziert. Nach wenigen Minuten werden wie bei einem Schwangerschaftstest ein oder zwei Streifen sichtbar. Mit solchen Verfahren werden Schnelldiagnosen in Ländern erstellt, die von Malaria betroffen sind. Die Qualität des Instruments wird von der Stiftung FIND (Foundation for Innovative New Diagnostic) regelmässig überprüft. FIND ist eine der öffentlich-privaten Partnerschaften, die von der DEZA bei der Malariabekämpfung unterstützt werden.



Auch wenn die Zahl der Malariatoten seit den 2000er-Jahren um 50 Prozent zurückgegangen ist, fordert die Krankheit jedes Jahr noch immer eine halbe Million Opfer, davon 90 Prozent in Afrika. Für die betroffenen Länder stellt sie nach wie vor eine erhebliche Herausforderung dar. Besonders gefährdet sind Kinder und Frauen.

Öffentlich-private Partnerschaften für die Produktentwicklung (Product Development Partnerships, PDP)

Das Modell der PDP entstand in den 1990er-Jahren. Ziel war es, innovative Ansätze zu finden, um die Bürde durch arbeitsbedingte Krankheiten wie

Malaria zu verringern. Bei der Konzeption dieses neuen Kooperationsmodells spielte die Schweiz eine aktive Rolle. Gemeinsam mit anderen Partnern rief sie eine der ersten PDP ins Leben: die «Medicines for Malaria Venture» (MMV). Diese Partnerschaften tragen dazu bei, die Erforschung und Entwicklung von Diagnostika, Medikamenten und Instrumenten zur Bekämpfung der Überträger von Malaria und anderen Infektionskrankheiten zu fördern.

PDP sind Stiftungen, die aus öffentlichen und privaten Mitteln finanziert werden. Darin sind Industriezweige (Pharmazie, Biotechnologie) und Forschungseinrichtungen vertreten, die ihren Sachverstand und ihr Wissen für die Entwicklung von erschwinglichen, den Bedürfnissen und Lebensbedingungen der Menschen entsprechenden Produkten zur Verfügung stellen. Insgesamt unterstützt die DEZA drei in der Malariabekämpfung tätige PDP: MMV im Bereich Medikamente, FIND bei der Entwicklung und Qualitätskontrolle von Diagnostika und IVCC (Innovative Vector Control Consortium) im Bereich Insektizide.

Vielversprechende Ergebnisse

Dank der drei PDP konnte eine Reihe von Produkten entwickelt werden. So hat MMV fünf neue Malariamedikamente auf den Markt gebracht. Neun weitere befinden sich in der klinischen Entwicklung. Mehr als 300 Millionen Behandlungseinheiten von Coartem® Dispersible wurden für die Behandlung von Kindern in über 50 Ländern bereitgestellt, in denen Malaria endemisch ist. IVCC hat eine neue Formulierung für ein langlebiges Insektizid eingeführt, und FIND arbeitet an einem innovativen Test, mit dem festgestellt werden soll, ob Fieber bei Patienten durch Malaria oder andere Infektionen verursacht wird.

WASSER, EINE ERFOLGSGESCHICHTE DES SCHWEIZER ENGAGEMENTS

Ziel 6 der Agenda 2030 deckt nunmehr den ganzen Wassersektor ab. Die Schweiz hat mit ihrem politischen Engagement massgeblich zu diesem Erfolg beigetragen.



September 2012. Während der Countdown für die Annahme der künftigen Entwicklungsziele bereits läuft, ergeht sich der internationale Wassersektor in fruchtlosen technischen Debatten und vergisst dabei, dass die Welt ab 2016 ein einheitliches und gemeinsames Ziel benötigt. Das Globalprogramm Wasserinitiativen der DEZA gibt den Anstoss für ein interdepartementales Team, das in zwei Monaten eine von Grund auf neue Schweizer Vision eines Wasserziels erarbeitet. Diese wird von der vom Bundesrat eingesetzten «Task Force Post-2015» als Vorschlag auf internationaler Ebene eingebracht. Damit ist die Schweiz das erste Land, das ein konkretes Ziel für die Wasserbranche vorschlägt. Der Schweizer Initiative schliessen sich Ende 2013 mehr als 100 Länder

an, und am 25. September 2015 verabschieden die in New York versammelten Staats- und Regierungschefs die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, deren Ziel 6 zum Wasser im Wesentlichen dem Schweizer Vorschlag folgt.

Für diesen Erfolg gibt es zahlreiche Gründe. Zunächst einmal ist er das Ergebnis einer gezielten anwaltschaftlichen Arbeit und politischen Einflussnahme. Dabei konnte sich die DEZA auf ein umfassendes Expertennetz und ihre langjährige Erfahrung im Wassersektor stützen. Insbesondere gelang es ihr, den technischen mit dem politischen Aspekt zu verknüpfen. Zu verdanken ist der Erfolg jedoch auch dem koordinierten Vorgehen auf internationalem Parkett: Über das EDA und die gesamte Bundesverwaltung, die Schweizer Missionen in Genf und New York sowie das Schweizer diplomatische Netz konnte die Schweiz auf zahlreiche Regierungen und internationale Institutionen zugehen und sie überzeugen. Schliesslich ist dieses Resultat auch dem Einsatz aller Beteiligten, vom nationalen Programmbeauftragten in einem Land des Südens bis zum Departementsvorsteher, geschuldet. Sie alle haben das Ziel unermüdlich verfolgt und damit den Grundsatz einer Schweiz veranschaulicht, die mit einer Stimme spricht und so zum Erfolg gelangt.

DIE SCHWEIZ SETZT SICH FÜR DIE GLEICHSTELLUNG DER GESCHLECHTER EIN

Geschlechtergleichstellung ist integraler Bestandteil der Menschenrechte. Sie ist eine wesentliche Voraussetzung nachhaltiger Entwicklung, denn kein Land kann Fortschritte machen, wenn es die Hälfte seiner Bevölkerung vernachlässigt.

Aus diesem Grund setzte sich die Schweiz dafür ein, dass das Thema Geschlechtergleichstellung weit oben auf die Agenda 2030 kam. Auch einige Monate zuvor hatte die Schweiz in Addis Abeba dafür plädiert, Genderfragen in die Entwicklungsfinanzierung einzubeziehen. Die Posi-

tionen, welche die Schweizer Verhandlungsteilnehmenden vertraten, wurden an beiden Konferenzen angenommen – ein Ergebnis, mit dem die Schweiz zufrieden sein kann. Zeichen dieses Erfolgs ist das Ziel 5 der Agenda 2030, das die Geschlechtergleichstellung fördert.

Die DEZA setzt sich bei ihrer Arbeit namentlich dafür ein, dass die Rechte der Frauen und Mädchen in fragilen Kontexten gestärkt werden und dass ihr Zugang zu Ressourcen, Bildung und Beschäftigung sowie zu politischer Mitwirkung und zu Entscheidungsprozessen erleichtert wird.

MONITORING UND LERNFÄHIGKEIT BRINGEN RESULTATE

Die internationale Zusammenarbeit der Schweiz ist resultatorientiert und setzt sich hohe Ziele. Um sicherzustellen, dass die Projekte und Programme der DEZA und des SECO zu den gewünschten Ergebnissen führen, wird eine Reihe von Überprüfungsinstrumenten eingesetzt.

Dazu gehören eine quantitativ und qualitativ messbare Zielsetzung, jährliche Länder- und Regionalberichte sowie unabhängige Gutachten (Evaluationen und Wirkungsberichte gemäss den Richtlinien des OECD-Entwicklungsausschusses). Mit den Evaluationen der Eidgenössischen Finanzkontrolle tragen diese Hilfsmittel dazu bei, dass die internationale Zusammenarbeit der Schweiz wichtige Resultate bei der Armutsbekämpfung erzielt und wegen ihrer umsichtigen Planung, ihrem hohen Wirkungsgrad und ihrer Glaubwürdigkeit international geschätzt wird. In diesem Sinn hat sich die Schweiz auch bei der Ausarbeitung der Agenda 2030 für die Einführung eines internationalen Rahmens zur Überprüfung der 17 Ziele engagiert.

Einen selbstkritischen Blick auf die eigenen Aktivitäten zu werfen, ist in der DEZA und dem SECO eine wichtige Praxis, die zu einer wirksamen internationalen Zusammenarbeit beiträgt. Trotz sorgfältiger Ausgangsanalysen kann es aber passieren, dass sich ein Projekt nicht wie geplant entwickelt. Das kann auf unerwartete oder unkontrollierbare Faktoren zurückzuführen sein, wie den Ausbruch gewalttätiger Konflikte, Wirtschaftskrisen oder Naturkatastrophen. Es kann aber auch an Annahmen seitens der DEZA oder des SECO liegen, die sich im Projektverlauf als Fehleinschätzungen erweisen.

Die richtigen Lehren ziehen

Ein gutes Monitoring signalisiert rechtzeitig, wenn eine Aktivität nicht zu den gewünschten Zielen führt. Dann ist es wichtig, die Faktoren, die zu einem möglichen Misserfolg führen, zu finden und daraus die richtigen Schlüsse für den weiteren Projektverlauf oder ein Folgeprojekt zu ziehen. So hat das SECO bei einem Projekt zur Förderung der städtischen Infrastruktur in Tadschikistan die Erfahrung gemacht, dass es die Eigenverantwortung und Kompetenzen seiner Partner systematischer fördern muss, damit die betroffene Bevölkerung langfristig profitiert. In diesem Bewusstsein wurde das Projekt so angepasst, dass nicht nur Investitionen in die Wasserinfrastruktur fliessen, sondern dass auch der lokale Wasserversorgungsbetrieb gestärkt und das öffentliche Bewusstsein für die Thematik wächst.

Sich mit Projekterfolgen aber auch Fehlschlägen kritisch zu befassen, setzt eine offene lernfähige Kultur und das beharrliche Streben nach ehrgeizigen Zielen voraus. In Bosnien und Herzegowina beabsichtigte ein DEZA-Projekt beispielsweise, einen Beitrag zur Verfassungsreform zu leisten. Dazu wurden unter anderem öffentliche Debatten mit der Bevölkerung und der Zivilgesellschaft geführt. Obwohl so konkrete Reformvorschläge erarbeitet wurden, kam es nicht zu deren Umsetzung. Fehlender politischer Wille, ein zunehmend entlang ethnischer Grenzlinien verlaufender Diskurs und politische Stagnation liessen die Reformversuche scheitern, womit eine vom Projekt beabsichtigte Wirkung nicht eintrat. Ausgehend von der Erkenntnis, dass eine Verfassungsreform derzeit nicht möglich ist und dass die Initiative für Veränderung von innen kommen muss, plant die DEZA nun ein Projekt, das die politische Mitbestimmung und Einflussnahme der Bürgerinnen und Bürger fördern soll.

Institutionelles Lernen als wichtiger Erfolgsfaktor

Projektanpassungen oder gar ein Projektabbruch sind nie wünschenswert. Aber sie sind auch ein Zeichen dafür, dass die Monitoringmechanismen funktionieren. Wichtig ist es, bei angezeigten Anpassungen zu handeln und daraus die Lehren für zukünftige Aktivitäten zu ziehen. Die Überprüfung eines DEZA-Projekts zur Arbeitsmigration in Bangladesch hat beispielsweise darauf hingedeutet, dass mit der International Labour Organisation (ILO) zwar eine kompetente Partnerorganisation ausgewählt wurde, diese jedoch nicht alle vorhergesehenen Aktivitäten ausführen konnte. Deshalb wurde das Projekt in zwei separate Projekte aufgeteilt. So kann die ILO ihre Kernkompetenzen nun zum besten Nutzen für das eine Projekt aufwenden, während das zweite Projekt von einem geeigneteren Partner ausgeführt wird.

Hinter den Zahlen und Grafiken von Evaluationen stecken immer komplexe Realitäten vor Ort. Es geht um Menschen und ganze Gemeinschaften und somit oft um Umstände, die sich kurzfristig verändern können oder schwer einschätzbar sind. Mit resultatorientierter Planung, kontinuierlichem Monitoring und Lernen aus Evaluationen und Wirkungsberichten können auch unter diesen Bedingungen Projekterfolge erzielt werden – und dies ist Aufgabe einer wirksamen internationalen Zusammenarbeit, wie sie sich die DEZA und das SECO zum Standard gesetzt haben.

Mehr zu den Resultaten der Botschaft über die Internationale Zusammenarbeit 2013–2016 kann in der gemeinsam von der DEZA und dem SECO herausgegebenen Publikation *Die internationale Zusammenarbeit der Schweiz wirkt* nachgelesen werden.

Die DEZA hat 2015 verschiedene Evaluationen zu Landesprogrammen, zu thematischen und institutionellen Themen sowie den Wirkungsbericht zum Thema Gesundheit herausgegeben. Das SECO hat 2015 Evaluationen zu den Themen Steuern & Entwicklung und Wirtschaftliche Gouvernanz veröffentlicht.

Alle Publikationen sind unter www.deza.admin.ch und www.seco-cooperation.admin.ch zu finden.

Impressum

Herausgeber:

Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA
Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA
Freiburgstrasse 130
3003 Bern
Telefon +41 (0)58 462 44 12
www.deza.admin.ch
deza@eda.admin.ch

Eidg. Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO
Holzikofenweg 36
3003 Bern
Telefon +41 (0)58 464 09 10
www.seco-cooperation.admin.ch
info@seco-cooperation.ch

Redaktion/Koordination/Statistik:

Direktionsstab DEZA
SECO Kooperation

Grafik/Konzept:

Julia Curty, SUPERScript GmbH, Brügg bei Biel/Bienne
www.superscript.ch

Fotos:

Titelseite Giacomo Pirozzi/Panos
Seite 8 Lianne Milton/Panos
Seite 10 Sven Torfinn/Panos
Seite 14 Sven Torfinn/Panos
Seite 18 Samuel Aranda/Panos
Seite 21 Harini Bandaranayake/Pluralistic Memories Project
Seite 22 Christian Altorfer/ZTS
Seite 23 Arts Council of Mongolia
Seite 26 xPACIFICA/Redux/laif
Seite 30 Nyani Quarmyne/Panos
Seite 32 Joseph Sywenkyj/Redux/laif
Seite 34 Development Policy Institute DPI
Seite 38 Franck Charton/hemis.fr/laif
Seite 41 Antonio Escalante/Fabrica de Ideas
Seite 42 Dieter Telemans/Panos
Seite 42 CTRS
Seite 44 Tokozile Ngwenya Kangombe/Swiss Malaria Group
Seite 45 George Steinmetz
Übrige EDA/DEZA, SECO

Druckerei:

Stämpfli AG
3001 Bern

Der Jahresbericht ist in Deutsch, Französisch,
Italienisch und Englisch erhältlich.
Weitere Exemplare können bestellt werden
bei deza@eda.admin.ch oder über
Telefon +41 (0)58 462 44 12

Statistik 2015

Internationale Zusammenarbeit der Schweiz



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Direktion für Entwicklung
und Zusammenarbeit DEZA

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

Öffentliche Entwicklungshilfe (APD)

- Die öffentliche Entwicklungshilfe (APD) umfasst gemäss internationaler Definition alle Finanzströme an Entwicklungsländer und -regionen (zurzeit 146) sowie an multilaterale Entwicklungsorganisationen, die: (i) aus dem öffentlichen Sektor stammen; (ii) vorrangig auf die Erleichterung der wirtschaftlichen Entwicklung und die Verbesserung der Lebensbedingungen abzielen; (iii) zu Vorzugskonditionen gewährt werden.
- Die Leistungen der Geberländer des Entwicklungshilfeausschusses (DAC) der OECD werden in der Regel anhand der Prozenote der APD bezogen auf das Bruttonationaleinkommen (BNE) gemessen.
- Um die Vergleichbarkeit und die Transparenz der APD-Leistungen seiner 29 Mitglieder (28 Länder und die Europäische Union) sicherzustellen, hat der DAC umfassende statistische Richtlinien ausgearbeitet, welche die Berechnungsgrundlagen der Mitgliedsländer regeln. Diese Richtlinien definieren die Aktivitäten und die Beiträge, die als APD deklariert werden dürfen. Die Richtlinien werden periodisch angepasst und aktualisiert.
- Die APD der Schweiz umfasst im Wesentlichen die Ausgaben der DEZA und des SECO (Leistungsbereich Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), der zwei Organe, die mit der Ausführung des Bundesgesetzes über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe und des Bundesgesetzes über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas beauftragt sind. Weitere Bundesämter sowie die Kantone und rund 200 Gemeinden beteiligen sich ebenfalls an der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz. Entsprechend der Berechnungspraxis des DAC berücksichtigt die Schweiz in ihrer APD seit 2004 auch die bilateralen Entschuldungsmassnahmen (im Rahmen des Pariser Klubs) und die Kosten für die Hilfe an Asylsuchende aus Entwicklungsländern während ihres ersten Jahres in der Schweiz.
- Die Gesamtheit der jährlichen Ausgaben der DEZA und des SECO, die in der Staatsrechnung aufgeführt sind, wird in den Statistiken der APD nicht automatisch abgebildet. Gemäss den internationalen Richtlinien müssen gewisse statistische Anpassungen vorgenommen werden (nicht inbegriffen sind Zahlungen an Länder oder Organisationen, die nicht auf der OECD/DAC Liste aufgeführt sind; sowie spezifische multilaterale Beiträge, die einer anderen Berechnungsmethode unterliegen, siehe Kommentar zur Tabelle 4, S. 15).
- Der Beitrag der DEZA und des SECO an die Erweiterung der Europäischen Union (EU) wird in dieser Broschüre nicht im Detail aufgeführt.

Entwicklungsfinanzierung über die APD hinaus

- Nicht-APD-Mittel nehmen einen grossen Platz in der Entwicklungsfinanzierung ein. Für die Schweiz handelt es sich dabei um private Kapitalflüsse zu Marktbedingungen (Direktinvestitionen im Ausland, Portfolio-Investitionen, garantierte Exportkredite) sowie private Spenden von Nichtregierungsorganisationen und Stiftungen.

Verwendete Zeichen:

- | | |
|---|--------------------------|
| 0.0 = Betrag ist kleiner als 50 000 CHF | p = provisorische Zahlen |
| - = Betrag ist null | r = revidierte Zahlen |
| .. = keine Angaben | |

Detaillierteres Zahlenmaterial findet sich in der jährlich erscheinenden Broschüre «Entwicklungshilfe der Schweiz» der DEZA und auf den Internetseiten der DEZA und des SECO.
www.eda.admin.ch/deza/de/home/aktivitaeten_projekte/zahlen_und_statistiken.html
www.seco-cooperation.admin.ch

Statistiken per 12.05.2016

Öffentliche Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz

SEITEN 4–17

Ausgaben DEZA/SECO

SEITEN 20–34



Tabelle 1

ENTWICKLUNG DER ÖFFENTLICHEN ENTWICKLUNGSHILFE (APD) UND DER PRIVATEN SPENDEN DER NGOS DER SCHWEIZ 1960–2015 (MIO. CHF)

	1960	1970	1980	1990
APD	15.1	130.0	423.1	1041.4
Bund	15.1	126.4	416.7	1025.6
Kantone und Gemeinden ^a	..	3.6	6.4	15.8
Bruttonationaleinkommen (BNE) ^b	37 066	92 570	177 270	347 228
APD in % des BNE	0.04 %	0.14 %	0.24 %	0.30 %
APD in % der Ausgaben des Bundes	0.56 %	1.63 %	2.38 %	3.29 %
APD in % der öffentlichen Ausgaben ^c	0.23 %	0.64 %	0.90 %	1.20 %
Private Spenden NGOs	..	50.8	106.6	148.6
Private Spenden der NGOs in % des BNE	..	0.05 %	0.06 %	0.04 %

a Schätzung für 2015.

b Angaben des Bundesamtes für Statistik (BFS) gemäss alter Berechnung des Europäischen Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG95) bis 2012. Provisorische Angaben für 2013 und 2014 (BFS, 27.08.2015) gemäss neuer Berechnung des Europäischen Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG2010). Die Berechnung des BNE 2015 erfolgte auf der Basis von BIP-Wachstums-Schätzungen, welche am 17.03.2016 von der Expertengruppe des Bundes für Konjunkturprognosen veröffentlicht wurden, und auf der Grundlage von Prognosen der BAKBASEL vom Januar 2016.

c Ausgaben der öffentlichen Haushalte, bereinigt um Doppelzählungen (BFS/EFV).

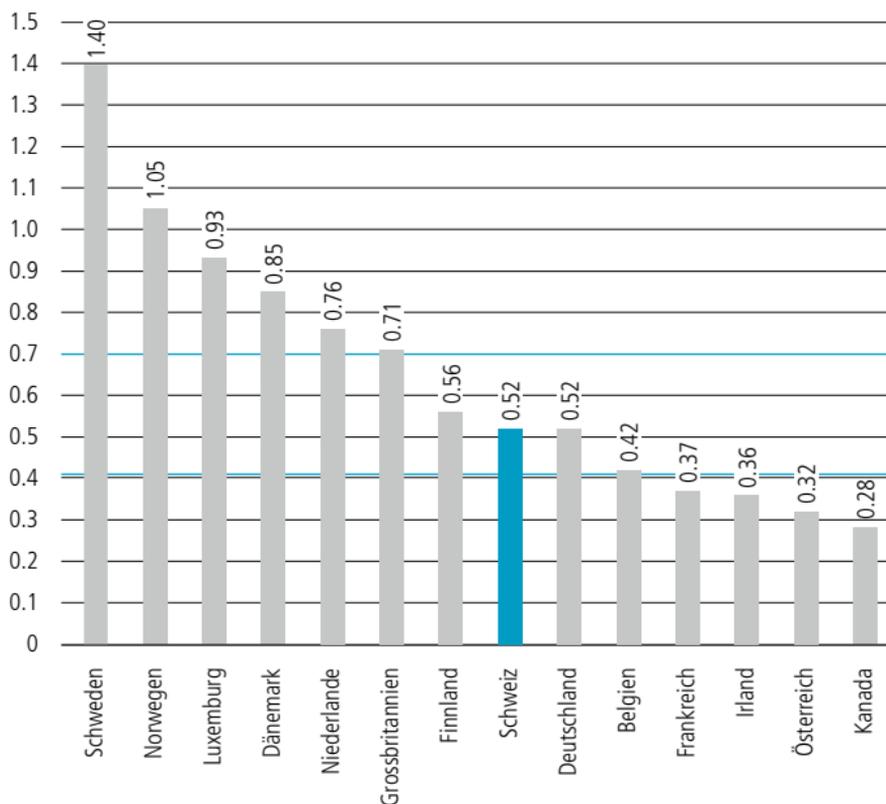
Die öffentliche Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz erreichte 2015 3404 Millionen Franken, was gegenüber 2014 eine Zunahme von 182 Millionen Franken bedeutet. Der Anteil der APD am Bruttonationaleinkommen (BNE) ist auf 0.52% angestiegen. Dank einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von 5.9% zwischen 2011 und 2015, welches auf die Bereitstellung zusätzlicher Mittel durch das Parlament im 2011 zurückzuführen ist, wurde das Ziel, bis ins Jahr 2015 0.5% des BNE für benachteiligte Länder aufzuwenden, erreicht.

2000	2011	2012	2013	2014 ^r	2015 ^p
1 510.9	2 706.7	2 861.4	2 965.2	3 222.6	3 404.3
1 488.6	2 664.5	2 797.1	2 910.6	3 171.3	3 349.3
22.3	42.2	64.3	54.6	51.3	55.0
463 558	590 441	611 979	646 763	638 291	651 377
0.33 %	0.46 %	0.47 %	0.46 %	0.50 %	0.52 %
3.21 %	4.34 %	4.63 %	4.66 %	5.04 %	5.22 %
1.23 %	1.75 %	1.82 %	1.84 %	1.98 %	2.06 %
272.0	413.3	443.1	466.1	516.8	..
0.06 %	0.07 %	0.07 %	0.07 %	0.08 %	..

Die Entwicklung der APD/BNE Quote im Laufe der nächsten Jahre wird von der konjunkturellen Entwicklung (Betrag BNE) sowie den bewilligten Ressourcen für die internationale Zusammenarbeit abhängen, aber auch von anderen Komponenten der APD, namentlich von den Kosten für Asylsuchende in der Schweiz, die zurzeit 13% der APD ausmachen.

Grafik 1

DIE SCHWEIZ IM INTERNATIONALEN VERGLEICH 2015 (APD IN % DES BNE)



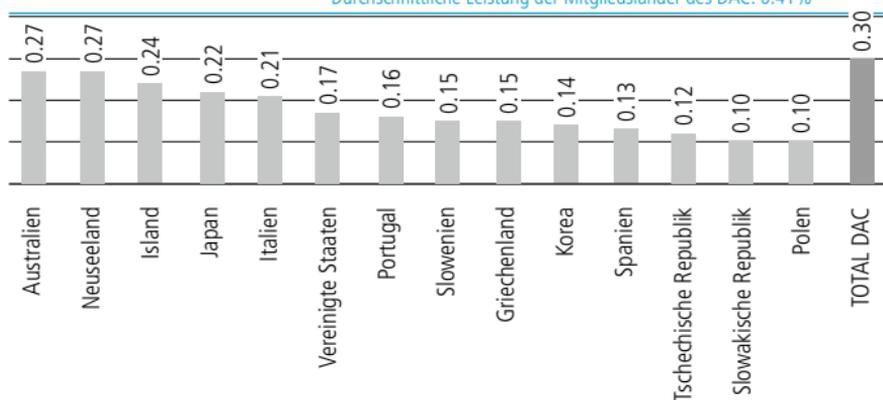
Provisorische Zahlen der OECD/DAC für alle DAC-Länder vom 13. April 2016.

Im Jahr 2015 beliefen sich die Nettoleistungen sämtlicher DAC-Länder für die APD auf 131.6 Milliarden USD, was einer realen Zunahme von 6.9% entspricht. Gleichzeitig bedeutet dies ein neuer APD-Höchststand, welcher insbesondere auf die wachsenden Ausgaben bei den Asylkosten zurückzuführen ist. Aber auch ohne die Anrechnung der Kosten für Asylsuchende hat die APD im Vergleich zum Vorjahr um 1.7% zugenommen.

Mit einer APD/BNE Quote von 0.52% im Jahr 2015 bleibt die Schweiz im Vergleich mit den Mitgliedsländern des DAC auf dem 8. Rang. In absoluten Beträgen gemessen belegt die Schweiz den 11. Rang.

Zielvorgabe der UNO: 0.7%

Durchschnittliche Leistung der Mitgliedsländer des DAC: 0.41%



Sechs Länder (Schweden, Norwegen, Luxemburg, Dänemark, Niederlande und Grossbritannien) haben die Zielvorgabe von 0.7% übertroffen, welche die Vereinten Nationen im Jahr 1970 für die APD festlegten. Vier weitere Länder (Finnland, Schweiz, Deutschland und Belgien) weisen APD-Quoten aus, welche über dem Durchschnitt der DAC-Länder von 0.41% liegen. Die APD aller DAC-Länder in der EU entspricht 0.47% des BNE.

Tabelle 2

ÖFFENTLICHE ENTWICKLUNGSHILFE (APD) DER SCHWEIZ
2014–2015 (MIO. CHF)

Bund
Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA)
Humanitäre Hilfe
Entwicklungszusammenarbeit
Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS
Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO)
Entwicklungszusammenarbeit
Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS
Darlehensrückzahlungen
Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA)
Zivile Friedensförderung und Menschenrechte
Andere Beiträge
Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)
Swiss Investment Fund for Emerging Markets (SIFEM) ^a
Stipendien an ausländische Studierende in der Schweiz
Andere Beiträge
Staatssekretariat für Migration (SEM)
Hilfe an Asylsuchende in der Schweiz
Rückkehrhilfe
Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)
Friedensfördernde Massnahmen und Sicherheit
Ausrüstung zu humanitären Zwecken
Bundesamt für Umwelt (BAFU)
davon: Beiträge an internationale Organisationen
Andere Bundesämter
Kantone und Gemeinden^a
Total APD
APD in % des Bruttonationaleinkommens (BNE)

a Schätzung für 2015.

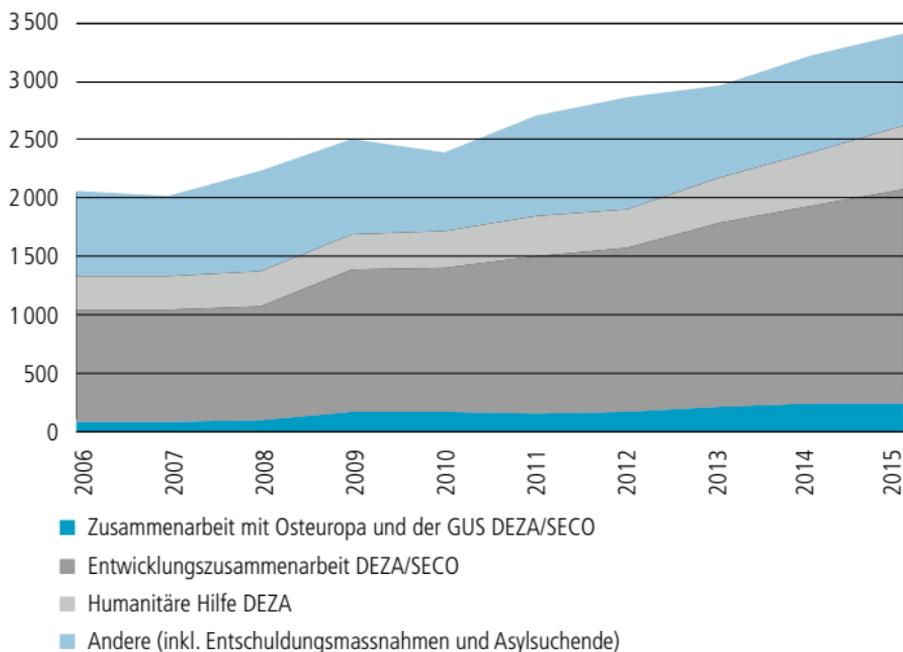
Der Anteil der Mittel der DEZA und des SECO an der APD der Schweiz ist im Jahr 2015 auf 77% (im Vergleich zu 74% im Jahr 2014) angestiegen. Die Kosten für die Hilfe an Asylsuchende aus Entwicklungsländern sowie für die Rückkehrhilfe machen nach

2015 ^p			2014 ^r		
APD bilateral	APD multilateral	Total APD	APD bilateral	APD multilateral	Total APD
2 577.7	771.6	3 349.3	2 491.0	680.2	3 171.3
1 619.3	676.5	2 295.8	1 481.2	582.3	2 063.5
481.4	57.7	539.1	411.1	51.4	462.5
974.9	617.7	1592.6	922.4	530.1	1452.5
163.0	1.2	164.2	147.7	0.8	148.5
324.3	1.0	325.3	325.5	–	325.5
247.3	0.4	247.7	246.4	–	246.4
80.4	0.6	81.0	90.9	–	90.9
-3.4	–	-3.4	-11.7	–	-11.7
112.6	32.1	144.7	113.5	33.2	146.8
77.7	18.6	96.3	75.0	18.7	93.7
34.9	13.5	48.4	38.5	14.5	53.0
35.7	6.5	42.1	58.5	6.5	65.0
27.3	–	27.3	50.8	–	50.8
6.8	–	6.8	6.4	–	6.4
1.6	6.5	8.1	1.3	6.5	7.8
473.2	–	473.2	456.3	–	456.3
455.4	–	455.4	442.4	–	442.4
17.8	–	17.8	13.9	–	13.9
2.7	–	2.7	46.0	–	46.0
1.3	–	1.3	46.0	–	46.0
1.4	–	1.4	–	–	–
4.4	39.0	43.4	4.4	37.6	42.0
3.3	39.0	42.3	3.2	37.6	40.8
5.4	16.5	21.9	5.6	20.6	26.2
55.0	–	55.0	51.3	–	51.3
2 632.7	771.6	3 404.3	2 542.3	680.2	3 222.6
		0.52%			0.50%

wie vor 14% der APD aus. Wie schon im Vorjahr wurden 2015 keine Entschuldungsmassnahmen durchgeführt. Der unter SIFEM in der obenstehenden Tabelle ausgewiesene Betrag beinhaltet die im 2015 durch das SECO finanzierte Kapitalisierung von 25 Millionen CHF. Die Beiträge an die Swisscoy werden seit 2015 aufgrund von Änderungen der DAC-Richtlinien nicht mehr an die APD angerechnet.

Grafik 2

APD DER SCHWEIZ NACH HILFSKATEGORIEN 2006–2015 (MIO. CHF)

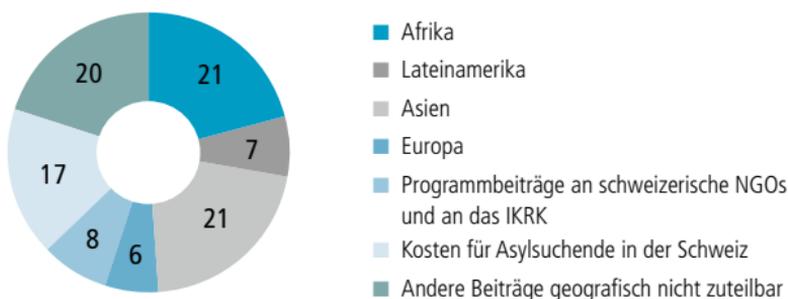


Diese Grafik zeigt die Entwicklung der APD über die vergangenen zehn Jahre nach Hilfskategorie auf.

- Der APD-Anteil der Entwicklungszusammenarbeit der DEZA und des SECO mit den Ländern des Südens hat sich 2015 im Vergleich zu 2014 von 52% auf 54% leicht erhöht. Im letzten Jahrzehnt ist dieser Anteil stetig angestiegen (46% im 2006, 49% im 2009, 53% im 2013).
- Der Anteil der Humanitären Hilfe der DEZA an der APD ist – nach zehn Jahren mit nur leichten Schwankungen (zwischen 12 und 14%) – im Jahr 2015 leicht angestiegen und erreichte 16%.
- Der Anteil der Ostzusammenarbeit der DEZA und des SECO (7% im Jahr 2015) bewegt sich seit 2009 auf einem Niveau zwischen 6 und 7% und liegt damit etwas höher als der Durchschnitt von 4% in den Jahren 2006–2008.
- Die Beiträge von anderen Bundesämtern, Kantonen und Gemeinden (9%), sowie die anrechenbaren Ausgaben für Asylsuchende und die Rückkehrhilfe (14%) machten im Jahr 2015 insgesamt 23% aus (im Vergleich zu 26% im Jahr 2014). Diese Kategorie von APD-Beiträgen ist sehr volatil und hat sich in den vergangenen zehn Jahren zwischen dem Maximalwert von 39% im Jahr 2008 und dem aktuellen Wert von 23% bewegt.

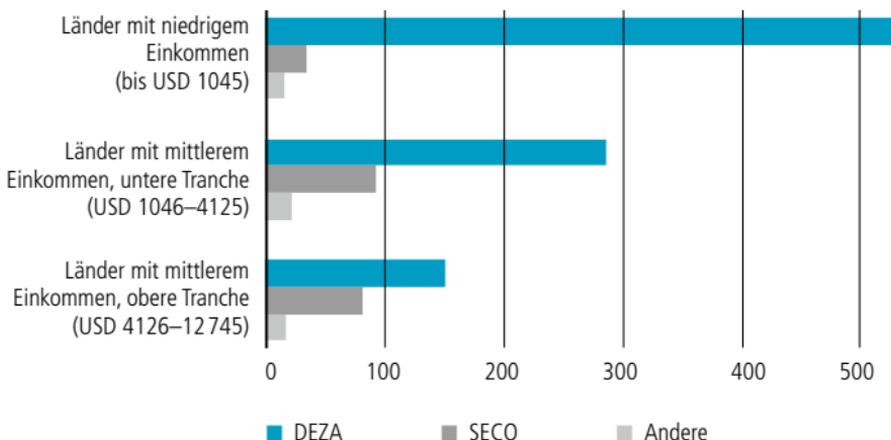
Grafik 3

AUFTEILUNG DER BILATERALEN APD NACH KONTINENTEN 2015 (IN %)



Grafik 4

BILATERALE APD NACH EINKOMMENSKATEGORIEN 2015 (MIO. CHF)



Siehe Liste der Empfängerländer nach Einkommenskategorien (BNE pro Einwohner):
www.oecd.org/dac/stats/daclist.htm

Tabelle 3

 GEOGRAFISCHE AUFTEILUNG DER BILATERALEN APD
 NACH KONTINENTEN UND LÄNDERN 2014–2015 (MIO. CHF)^a

	2015 ^p	2014 ^r
Afrika	553.6	595.3
Mosambik	36.1	34.0
Burkina Faso	32.8	29.7
Mali	30.4	32.4
Südsudan	27.6	23.8
Tansania	27.4	27.9
Niger	26.2	24.5
Tunesien	23.9	15.8
Tschad	22.4	28.4
Somalia	21.8	18.5
Benin	18.7	17.9
Ägypten	18.3	22.0
Kongo (D. R.)	17.6	17.7
Ghana	17.5	16.6
Äthiopien	15.7	13.0
Sudan	13.9	8.2
Südafrika	13.8	10.1
Zentralafrikanische Republik	9.3	7.0
Marokko	9.2	7.4
Andere Länder	63.6	88.8
Nicht zuteilbare und regionale Projekte	107.7	151.7
Lateinamerika	174.1	208.8
Bolivien	32.0	32.4
Peru	26.9	20.3
Kolumbien	24.0	24.2
Honduras	17.7	18.8
Nicaragua	17.4	16.5
Haiti	15.0	21.6
Kuba	10.8	10.4
Andere Länder	1.6	13.7
Nicht zuteilbare und regionale Projekte	28.8	51.0

a Die Programmbeiträge 2015 (129.5 Mio. CHF) sind nicht nach Ländern aufgeschlüsselt, da die detaillierten Daten zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Jahresberichts noch nicht verfügbar waren.

	2015 ^P	2014 ^r
Asien	557.3	541.6
Nepal	44.1	41.5
Syrien	38.2	35.2
Myanmar	36.4	30.7
Afghanistan	32.3	29.3
Bangladesch	31.0	30.1
Tadschikistan	29.5	33.2
Gaza und Westbank	27.2	30.4
Kirgisistan	25.2	26.5
Mongolei	23.7	20.0
Vietnam	22.7	29.1
Libanon	17.4	5.9
Pakistan	17.0	19.9
Laos	15.4	18.3
Irak	14.3	12.9
Jordanien	14.0	8.1
Georgien	13.8	12.8
Indonesien	13.4	15.7
Kambodscha	12.7	12.2
China	12.7	16.6
Jemen	11.1	7.9
Nordkorea	9.5	7.4
Indien	9.3	13.8
Andere Länder	24.7	31.3
Nicht zuteilbare und regionale Projekte	61.8	52.7
Europa	176.3	216.3
Ukraine	29.8	27.1
Kosovo	25.5	65.0
Bosnien und Herzegowina	22.9	26.0
Albanien	20.6	24.7
Serbien	16.6	17.1
Mazedonien	15.8	15.0
Republik Moldau	13.5	12.7
Andere Länder	2.7	3.2
Nicht zuteilbare und regionale Projekte	29.0	25.6
Andere Beiträge geografisch nicht zuteilbar	1 171.4	980.4
Total bilaterale APD	2 632.7	2 542.3

Tabelle 4

MULTILATERALE APD DER SCHWEIZ NACH ORGANISATIONEN 2014–2015 (MIO. CHF)

Organisationen der Vereinten Nationen (UNO)
Entwicklungsprogramm der UNO (UNDP)
Green Climate Fund (GCF)
UNO-Hilfswerk für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA)
Kinderhilfsfonds der UNO (UNICEF)
Bevölkerungsfonds der UNO (UNFPA)
UNO-Einheit für die Gleichstellung und Ermächtigung der Frauen (UN Women)
UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR)
HIV/Aids-Programm der UNO (UNAIDS)
Central Emergency Response Fund (CERF)
Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD)
Welternährungsprogramm (WFP)
Spezialprogramme der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ^a
Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP)
UNO-Büro für die Koordination humanitärer Angelegenheiten (OCHA)
UNO-Organisationen, Beiträge teilweise als APD anrechenbar ^b
Andere Organisationen der UNO
Internationale Finanzierungsinstitutionen
Internationale Entwicklungsagentur (IDA) ^c
Afrikanischer Entwicklungsfonds (AfDF) ^c
Asiatischer Entwicklungsfonds (AsDF)
Weltbank
Andere Entwicklungsfonds und -banken
Andere internationale Organisationen
Globaler Umweltfonds (GEF)
Der Globale Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria
Konsultativgruppe für internationale landwirtschaftliche Forschung (CGIAR)
Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte Genf (DCAF)
Internationales Zentrum für humanitäre Minenräumung Genf (GICHD)
Andere Institutionen
Total multilaterale APD

a Ohne den allgemeinen Beitrag an die WHO, nur teilweise anrechenbar (siehe Fussnote b).

b Angerechnete Prozentsätze gemäss DAC-Direktiven.

c Inklusive multilateraler Entschuldungsinitiativen (MDRI).

2015 ^P	2014 ^r
258.0	221.9
60.0	60.0
28.9	0.5
22.9	18.8
22.0	22.0
16.0	16.0
16.0	14.0
15.0	15.5
10.0	10.0
10.0	7.0
9.5	9.5
6.0	6.0
5.5	5.5
4.3	4.2
2.5	2.5
22.4	23.2
7.0	7.2
409.1	356.0
284.1	231.5
80.8	76.8
12.0	12.0
12.2	12.2
20.0	23.5
104.4	102.3
30.3	29.0
20.0	20.0
15.5	15.5
10.9	10.9
8.7	8.7
19.0	18.2
771.6	680.2

Die multilaterale APD umfasst die allgemeinen Beiträge der DEZA sowie Beiträge anderer Bundesämter an internationale Entwicklungsinstitutionen. Der Anteil der multilateralen APD an der Gesamt-APD der Schweiz hat sich 2015 im Vergleich zu 2014 von 21% auf 23% leicht erhöht, was unter dem Durchschnittswert der DAC-Länder liegt (28%).

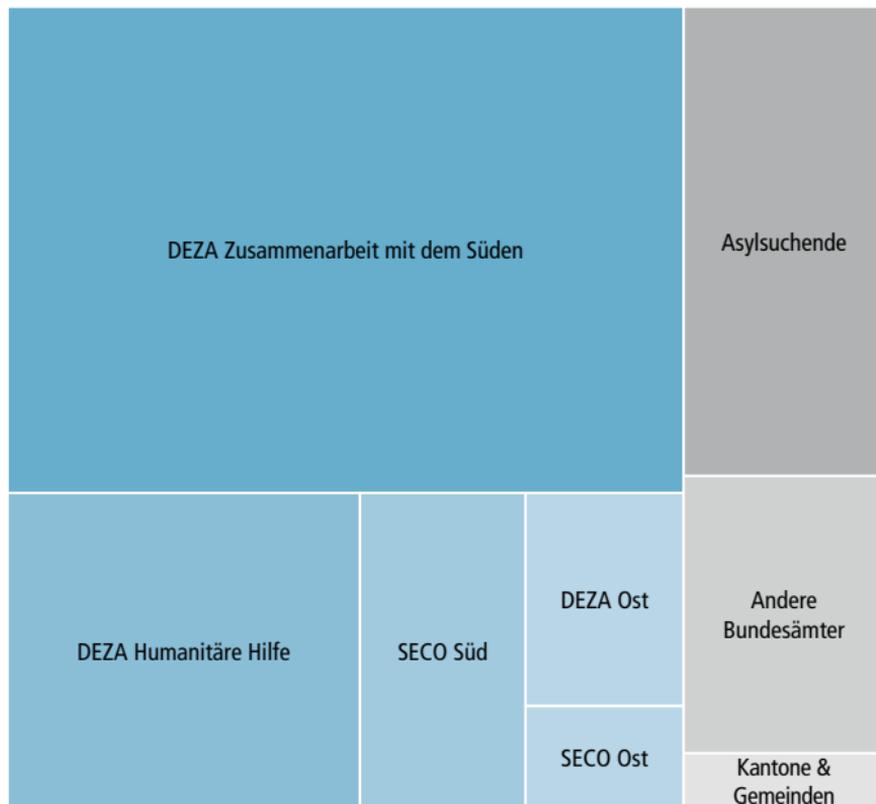
Die Beiträge an internationale Nichtregierungsorganisationen, einschliesslich Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK), zählen zur bilateralen APD.

Die multilaterale Zusammenarbeit stützt sich auf drei Pfeiler. Wie in den Vorjahren hat sich die multilaterale APD auf die internationalen Finanzierungsinstitutionen (IFI) konzentriert (53%). 33% der multilateralen APD flossen an die Organisationen der Vereinten Nationen, 14% an andere internationale Organisationen.

Gemäss den internationalen Richtlinien werden bei den IFIs die APD-Beiträge der DEZA anlässlich der Ausstellung der hinterlegten Schuldverschreibungen verbucht und nicht zum Zeitpunkt der effektiven Auszahlungen. Dies erklärt sowohl die jährlichen Schwankungen als auch die Differenzen zur Staatsrechnung. Die Staatsrechnung verbucht die jährlichen Zahlungen mit Bezug auf früher hinterlegte Schuldverschreibungen.

Grafik 5

DIE VIER RAHMENKREDITE DER INTERNATIONALEN ZUSAMMENARBEIT UND DIE WEITEREN KOMPONENTEN DER APD

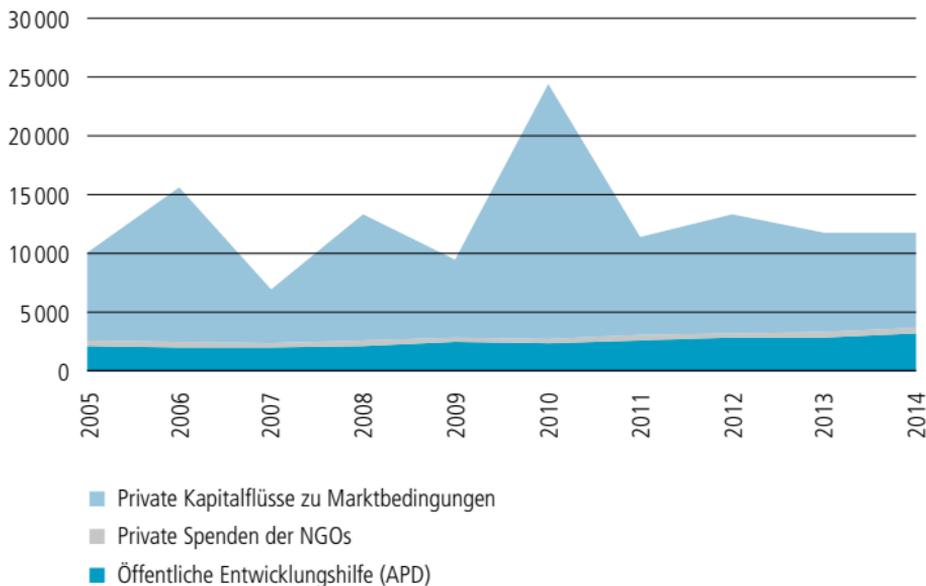


In dieser Grafik wird die Zusammensetzung der APD schematisch dargestellt. Die Hauptkomponenten sind im Verhältnis zu den Totalausgaben abgebildet.

Die APD umfasst im Wesentlichen die vier Rahmenkredite der internationalen Zusammenarbeit des Bundes (blau unterlegt in der Grafik). Hinzu kommen die Ausgaben anderer Bundesämter, der Kantone und Gemeinden und die Ausgaben für Asylsuchende gemäss internationalen Richtlinien.

Grafik 6

NETTO-FINANZFLÜSSE DER SCHWEIZ IN DIE ENTWICKLUNGSLÄNDER 2005–2014 (MIO. CHF)



Der Kontext der Entwicklungsfinanzierung ist im Umbruch: die Mittel ausserhalb der APD sind wichtiger geworden, eine grosse Anzahl der Entwicklungsländer haben Zugang zu diversifizierten Finanzierungsquellen.

Private Finanzmittel (vorwiegend Direktinvestitionen und garantierte Exportkredite) entsprechen um die 70% der Netto-Finanzflüsse der Schweiz zugunsten der Entwicklungsländer.

Andere, in den DAC Statistiken nicht erfasste Finanzmittel, ergänzen diese, u.a. die *workers' remittances*. Diese Heimatüberweisungen von Arbeitnehmenden aus Entwicklungsländern beliefen sich zwischen 2013 und 2015 auf jährlich knapp 2 Milliarden Franken. Dies ist mehr als das Doppelte der drei vorhergehenden Jahre 2010 bis 2012.



Ausgaben DEZA/SECO

SEITEN 20-34



Tabelle 5

ÜBERBLICK AUSGABEN DEZA UND SECO 2011–2015 (MIO. CHF)

Gesamtausgaben DEZA

Humanitäre Hilfe

Entwicklungszusammenarbeit

Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS

EU-Erweiterungsbeitrag

Gesamtausgaben SECO

Entwicklungszusammenarbeit

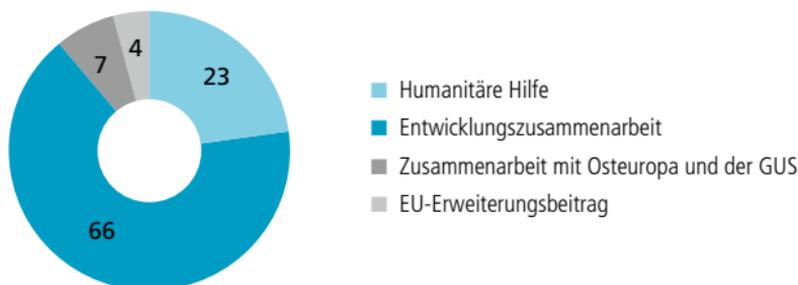
Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS

EU-Erweiterungsbeitrag

Die Tabelle und die Grafiken stellen die Ausgaben der DEZA und des SECO (Leistungsbereich Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) gemäss Staatsrechnung dar, ohne Rückflüsse. Die in diesem Teil der Broschüre präsentierten Tabellen beinhalten in den Ausgaben des SECO auch die Kapitalisierung des SIFEM (Swiss Investment Fund for Emerging Markets), exklusive Operationen des Investmentfonds.

Grafik 7.1

DEZA-AUSGABEN NACH AUFGABENBEREICH 2015 (IN %)



2011	2012	2013	2014	2015
1 681.8	1 848.7	2 045.1	2 228.2	2 357.3
336.1	337.7	387.2	463.0	539.9
1 204.4	1 338.8	1 419.5	1 496.8	1 562.9
105.4	109.0	129.1	148.5	164.2
35.9	63.2	109.3	119.9	90.3
274.8	300.7	334.8	394.0	445.5
201.0	214.6	220.8	246.4	272.7
60.0	72.0	88.2	90.9	81.0
13.8	14.1	25.8	56.7	91.8

Grafik 7.2

SECO-AUSGABEN NACH AUFGABENBEREICH 2015 (IN %)



Tabelle 6

DEZA ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT NACH SCHWERPUNKTLÄNDERN UND -REGIONEN 2014–2015 (MIO. CHF)

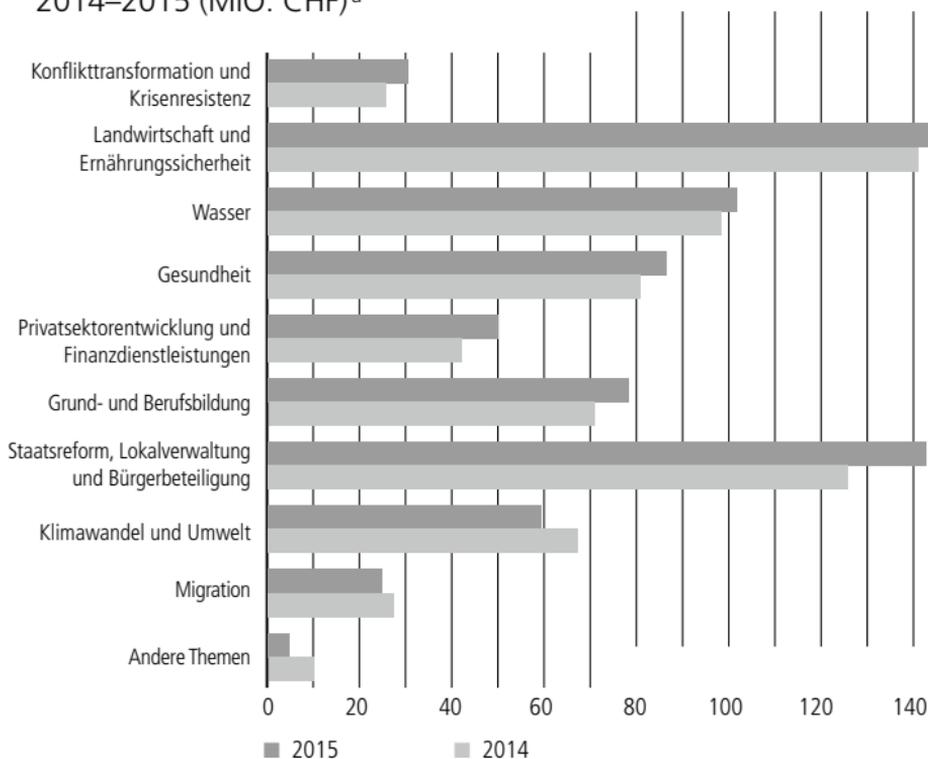
	2015	2014
Schwerpunktländer und -regionen^a	554.6	496.9
Mekong	65.5	59.1
Hindukusch	38.9	37.0
Nepal	38.7	37.4
Zentralamerika	37.4	37.9
Grosse Seen	32.2	27.3
Bangladesch	30.9	26.0
Bolivien	29.4	25.8
Südliches Afrika	29.0	24.3
Mosambik	28.8	23.3
Tansania	26.3	23.5
Mongolei	23.3	19.5
Niger	22.6	18.1
Mali	22.0	21.5
Horn von Afrika	21.7	16.9
Burkina Faso	21.3	16.6
Nordafrika	19.0	12.7
Tschad	18.8	22.7
Benin	18.6	15.3
Gaza und Westbank	14.6	14.0
Kuba	9.3	9.4
Haiti	6.3	8.9
Andere Aktivitäten	441.7	447.7
Andere Länder und Regionen ^b	101.8	118.3
Programmbeiträge an NGOs	111.8	101.0
Thematische Mandate und Betriebskosten	228.1	228.3
Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit	996.3	944.6
Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit	566.6	552.3
Total	1 562.9	1 496.8

a Für die Zusammensetzung der Schwerpunktregionen siehe Karte des Jahresberichts 2015 (S. 24–25).

b Diese Kategorie beinhaltet Länder, in denen globale Programme geführt werden (Peru, Indien, China).

Grafik 8

BILATERALE AUSGABEN DER DEZA ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT NACH THEMEN 2014–2015 (MIO. CHF)^a



a Ohne Programmbeiträge an schweizerische NGOs, multisektorielle Aktivitäten und Betriebskosten.

Diese Grafik veranschaulicht die Zuweisung der Ressourcen zu den spezifischen Themenbereichen, auf welche die DEZA ihre bilateralen Entwicklungsaktivitäten in den Jahren 2014 und 2015 konzentrierte.

Die innovativen Lösungsansätze der Globalprogramme erlauben es der DEZA die verschiedenen Handlungsebenen innerhalb der fünf Bereiche Klimawandel, Ernährungssicherheit, Migration und Entwicklung, Wasser sowie Gesundheit miteinander zu verbinden. Diese Programme haben keinen spezifischen geographischen Fokus, sondern werden dort implementiert, wo die grösstmögliche Wirkung erzielt werden kann.

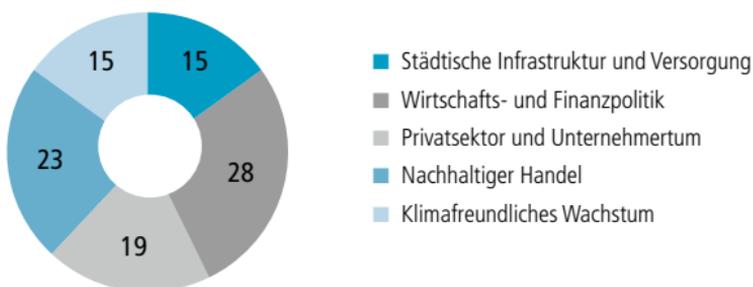
Tabelle 7

SECO ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT
NACH SCHWERPUNKTLÄNDERN 2014–2015 (MIO. CHF)

	2015	2014
Schwerpunktländer	114.6	97.7
Peru	19.5	10.0
Vietnam	18.2	19.1
Ghana	17.3	16.1
Indonesien	16.6	18.2
Tunesien	13.3	6.8
Südafrika	11.8	8.1
Kolumbien	10.1	6.3
Ägypten	7.8	13.1
Verschiedenes	158.1	148.6
Global-/ Regionalprogramme und andere Länder, verschiedene Beiträge ^a	139.3	131.2
Betriebskosten (ausgenommen Schwerpunktländer)	18.8	17.4
Total	272.7	246.4

a Bedeutende Programme wurden zur Ergänzung der DEZA-Tätigkeit in Burkina Faso, Mosambik und Tansania durchgeführt.

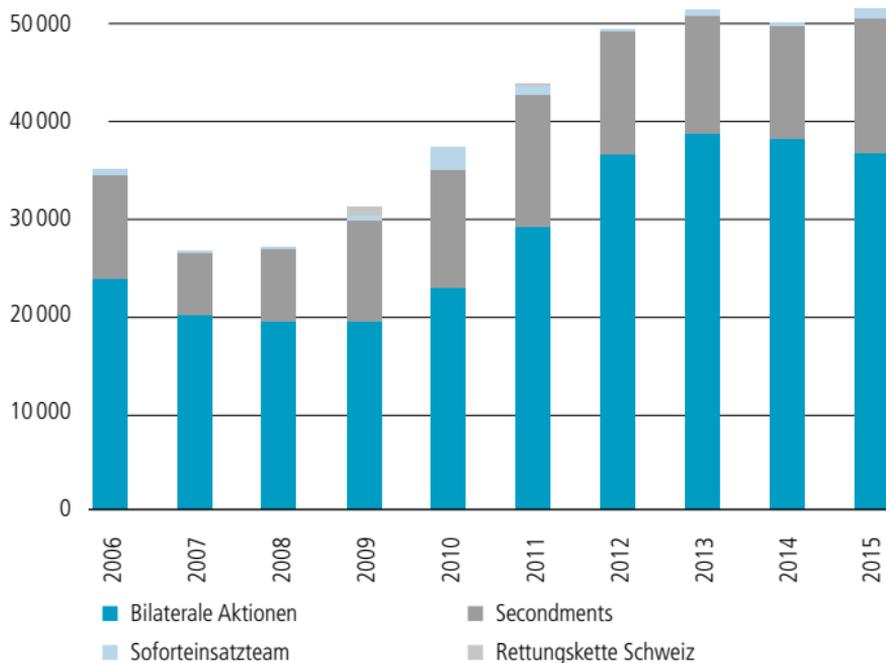
Grafik 9

SECO ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT
NACH THEMEN 2015 (IN %) ^a

a Ohne Betriebskosten

Grafik 10

SCHWEIZERISCHES KORPS FÜR HUMANITÄRE HILFE (SKH):
EINSATZTAGE IM AUSLAND 2006–2015



Grafik 11

HUMANITÄRE HILFE NACH AUFGABENFELDERN 2013–2015
(IN %)

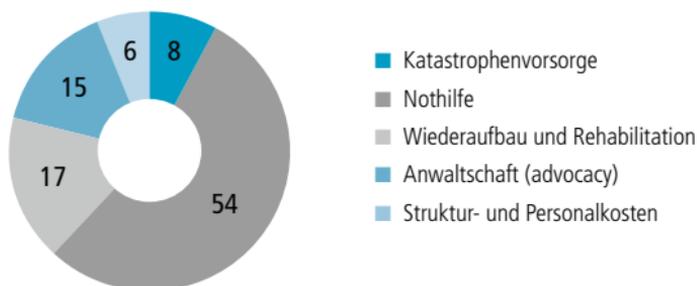


Tabelle 8

DEZA HUMANITÄRE HILFE NACH LÄNDERN
UND EINSATZREGIONEN 2014–2015 (MIO. CHF)

	2015	2014
Afrika	139.3	128.6
Südsudan ^a	24.9	17.7
Sudan ^a	13.3	11.3
Äthiopien ^a	11.1	6.7
Somalia ^a	10.0	8.7
Kongo (D. R.)	9.9	8.8
Zentralafrikanische Republik	9.2	6.5
Mali	6.9	6.9
Kenia ^a	6.7	5.2
Marokko	6.3	5.2
Nigeria	5.2	–
Algerien	3.6	3.6
Madagaskar	3.6	3.2
Liberia	3.5	7.6
Tschad	3.3	3.7
Niger	3.2	2.8
Libyen	2.2	2.0
Kamerun	2.2	1.3
Simbabwe	1.4	5.2
Guinea	1.4	1.7
Elfenbeinküste	1.4	1.5
Kapverden	1.3	0.1
Burundi	1.3	1.5
Ägypten ^a	1.2	1.1
Burkina Faso	1.1	0.8
Tunesien	1.1	1.3
Andere Länder	1.5	1.7
Nicht zuteilbare und regionale Projekte	2.5	12.5
Lateinamerika	29.0	27.6
Kolumbien	11.3	10.9
Haiti	8.5	8.2
Bolivien	2.5	2.8
Nicaragua	1.5	0.9

	2015	2014
Kuba	1.4	0.6
Andere Länder	0.9	0.8
Nicht zuteilbare und regionale Projekte	3.0	3.4
Asien	163.3	110.9
Syrien ^{a,b}	34.6	26.6
Libanon ^{a,b}	15.0	5.0
Irak ^a	14.2	9.1
Myanmar	13.1	10.2
Jordanien ^{a,b}	12.3	5.4
Gaza und Westbank ^b	12.0	13.3
Jemen	10.9	7.4
Nordkorea	9.4	7.3
Afghanistan	5.9	5.6
Sri Lanka	5.3	5.0
Pakistan	4.0	4.2
Nepal	3.0	–
Georgien	2.7	3.9
Tadschikistan	2.5	2.1
Armenien	1.1	0.6
Andere Länder	2.3	3.7
Nicht zuteilbare und regionale Projekte	14.9	1.6
Europa	4.2	4.6
Ukraine	3.3	2.5
Andere Länder	0.9	1.6
Nicht zuteilbare und regionale Projekte	–	0.5
Andere Aktivitäten, nicht geografisch zuteilbar	204.0	191.3
Allgemeiner Beitrag an das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)	80.0	80.0
Beiträge an internationale Organisationen	57.9	51.8
Programmbeiträge an NGOs	12.2	11.4
Verschiedene Beiträge und Administrativkosten	53.9	48.1
Total	539.9	463.0

a Weitere 30.2 Mio. CHF wurden im Jahr 2015 über einen zusätzlichen vom Parlament genehmigten Kredit finanziert, sowie 11 Mio. CHF über den Kredit der Entwicklungszusammenarbeit. Diese Beiträge gingen in die Krisengebiete im Nahen und Mittleren Osten und dem Horn von Afrika.

b Die allgemeinen Beiträge von 22.9 Mio. CHF im Jahr 2015 an das UNRWA (2014: 18.8 Mio. CHF) sind unter «Beiträge an internationale Organisationen» erfasst. Davon gehen an Gaza und Westbank 12.1 Mio. CHF, Syrien 2.5 Mio. CHF, Jordanien 5.0 Mio. CHF, und Libanon 3.2 Mio. CHF.

Tabelle 9

PARTNER DER HUMANITÄREN HILFE DER DEZA 2015 (MIO. CHF)

Organisationen der Vereinten Nationen (UNO)
Welternährungsprogramm (WFP)
UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR)
UNO-Büro für die Koordination humanitärer Angelegenheiten (OCHA)
UNO-Hilfswerk für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA)
Kinderhilfsfonds der UNO (UNICEF)
Andere UNO-Organisationen
Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)
Andere Partner und direkte Aktionen
Schweizer NGOs
Internationale Organisationen und ausländische NGOs
Direkte Aktionen des Schweizerischen Korps für humanitäre Hilfe (SKH) und der Rettungskette
Privatsektor und Forschungsinstitute
Betriebs-, Personal- und Materialkosten
Total Humanitäre Hilfe 2015
Total Humanitäre Hilfe 2014

a 19.8 Mio. CHF für schweizerische Milchprodukte (2014: 20.0 Mio. CHF) und 13.8 Mio. CHF für Getreide (2014: 14.0 Mio. CHF).

Allgemeine Barbeiträge	Ausserordentliche Barbeiträge	Nahrungsmittelhilfe	Total
57.4	115.8	26.4	199.6
6.0	42.7	26.4	75.1
15.0	29.4	–	44.4
12.5	17.1	–	29.6
22.9	1.9	–	24.8
–	5.8	–	5.8
1.0	18.9	–	19.9
80.0	80.3	–	160.3
0.5	172.3	7.2	180.0
–	28.0	3.9	31.9
0.5	59.8	1.1	61.3
–	45.3	2.3	47.6
–	2.6	–	2.6
–	36.6	–	36.6
137.9	368.3	33.6 ^a	539.9
131.8	297.2	34.0 ^a	463.0

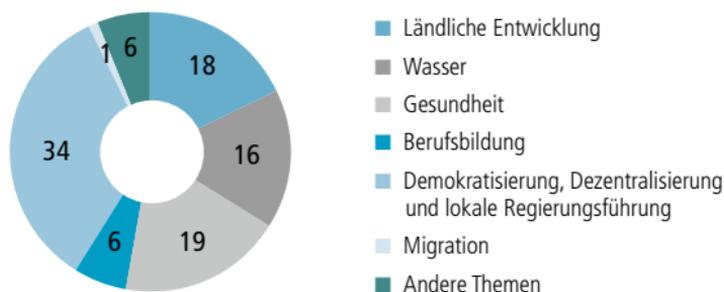
Tabelle 10

DEZA ZUSAMMENARBEIT MIT OSTEUROPA UND DER GUS NACH SCHWERPUNKTLÄNDERN UND -REGIONEN 2014–2015 (MIO. CHF)

	2015	2014
Schwerpunktländer und -regionen^a	136.0	120.6
Zentralasien	34.0	32.3
Südkaukasus	17.2	13.7
Kosovo	14.7	12.7
Bosnien und Herzegowina	13.9	12.9
Republik Moldau	12.8	10.8
Serbien	12.0	10.3
Albanien	11.6	11.8
Mazedonien	10.9	9.3
Ukraine	8.7	6.7
Andere Aktivitäten	28.2	27.9
Andere Länder und Regionen	11.5	12.6
Programmbeiträge an NGOs	5.5	6.0
Kernbeitrag an IDEA	1.2	0.8
Verschiedene Beiträge und Administrativkosten	10.0	8.4
Total	164.2	148.5

a Für die Zusammensetzung der Schwerpunktregionen siehe Karte des Jahresberichts 2015 (S. 24–25).

Grafik 12

DEZA ZUSAMMENARBEIT MIT OSTEUROPA UND DER GUS NACH THEMEN 2015 (IN %) ^a

a Ohne Programmbeiträge an schweizerische NGOs, multisektorielle Aktivitäten und Betriebskosten

Tabelle 11

SECO ZUSAMMENARBEIT MIT OSTEUROPA UND DER GUS NACH SCHWERPUNKTLÄNDERN 2014–2015 (MIO. CHF)

	2015	2014
Schwerpunktländer	72.0	81.8
Tadschikistan	14.0	18.4
Kirgisistan	12.6	14.4
Ukraine	10.4	11.6
Kosovo	8.9	8.7
Albanien	8.9	12.3
Bosnien und Herzegowina	7.8	4.6
Mazedonien	4.9	5.1
Serbien	3.6	4.5
Aserbaidshan	1.1	2.3
Verschiedenes	9.0	9.1
Andere Länder und Regionalprogramme, verschiedene Beiträge	4.1	4.5
Betriebskosten (ausgenommen Schwerpunktländer)	4.9	4.6
Total	81.0	90.9

Grafik 13

SECO ZUSAMMENARBEIT MIT OSTEUROPA UND DER GUS NACH THEMEN 2015 (IN %) ^a



a Ohne Betriebskosten

Tabelle 12

PARTNER DER DEZA FÜR BILATERALE AKTIVITÄTEN 2015 (MIO. CHF)

Schweizer NGOs und Kompetenzzentren
davon:
HELVETAS Swiss Intercooperation
Swisscontact
Schweizerisches Rotes Kreuz
Fondation Terre des Hommes (Lausanne)
Caritas Schweiz
Hilfswerk der Evangelischen Kirchen der Schweiz (HEKS)
SKAT Foundation
Solidar Suisse
Brot für Alle (BFA)
MSF - Médecins sans Frontières
Swissaid
Fastenopfer
Education 21
Fédération genevoise de coopération (FGC)
Enfants du Monde
Schweizerische Universitäts- und Forschungsinstitutionen
Privater Sektor der Schweiz
Öffentlicher Sektor der Schweiz
UNO-Organisationen, multilaterale Aktionen
Internationale Finanzierungsinstitutionen, multilaterale Aktionen
Andere ausländische und internationale Organisationen
davon: Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)
Organisationen des Südens und des Ostens
Total der Partner
Direkte Aktionen, Betriebskosten
Total 2015
Total 2014

Beiträge und spezifische Mandate

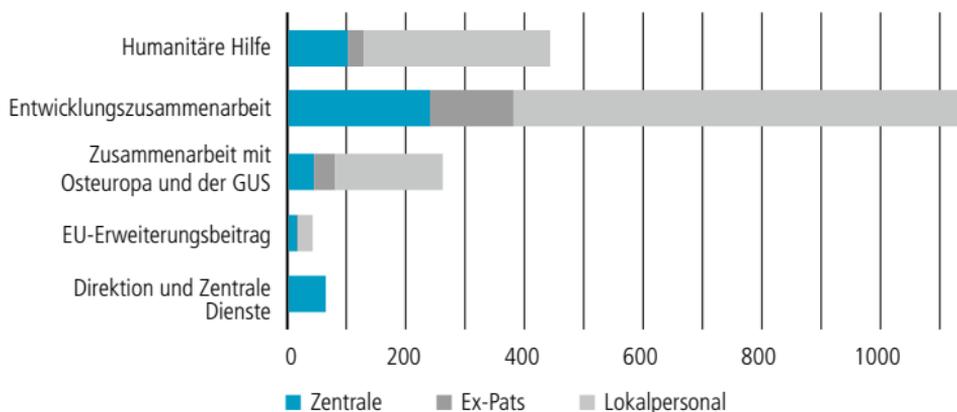
Progr. Beiträge ^a	Humanitäre Hilfe	Entwicklungs- zusammenarbeit	Ost- zusammenarbeit	Total ^b
129.2	19.9	128.9	19.7	297.7
10.7	1.2	47.2	13.3	72.4
6.0	0.5	23.6	–	30.1
10.8	3.6	1.1	2.4	18.0
10.5	1.2	1.3	–	13.1
11.1	0.3	1.4	–	12.8
8.0	0.1	–	1.7	9.8
–	–	7.5	2.0	9.5
4.1	0.6	3.6	–	8.2
6.9	–	–	–	6.9
6.4	0.2	–	–	6.6
6.5	–	–	–	6.5
6.2	–	–	–	6.2
5.9	–	–	–	5.9
5.0	–	–	–	5.0
2.8	–	2.2	–	5.0
0.3	1.3	37.9	10.6	50.1
–	1.0	21.8	4.5	27.3
–	0.6	8.8	0.8	10.3
–	142.2	112.1	22.1	276.4
–	2.1	62.2	7.3	71.7
–	209.0	141.1	37.4	387.4
–	160.3	–	–	160.3
–	10.9	196.6	27.0	234.5
129.5	386.9	709.4	129.5	1355.3
–	82.9	175.0	28.0	285.9
129.5	469.8	884.4	157.5	1641.3
118.4	399.8	843.5	141.7	1503.5

a Allgemeine Beiträge an NGOs für Entwicklungs- und Nothilfprogramme in Süd- und Ostländern und an Kompetenzzentren für Sensibilisierungsaktivitäten.

b Exkl. EU-Erweiterungsbeitrag der DEZA (90.3 Mio. CHF im Jahr 2015).

Grafik 14

DEZA- UND SECO-PERSONAL PER ENDE 2015 (ANZAHL VOLLZEITÄQUIVALENTE)



Die DEZA finanzierte per 31. Dezember 2015 1723 Vollzeitstellen, davon 369 an der Zentrale. Von den 1354 Stellen im Ausland waren 1170 durch Lokalangestellte besetzt.

Der Leistungsbereich Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des SECO finanzierte 221 Vollzeitstellen, 93 davon an der Zentrale, 24 Stellen im Ausland und 104 Lokalangestellte.

ANZAHL LAUFENDER PROJEKTE PER 31.12.2015

	DEZA	SECO
0.5–1.0 Mio. CHF	196	14
1.0–3.0 Mio. CHF	383	108
3.0–5.0 Mio. CHF	224	59
Ab 5.0 Mio. CHF	384	132
Total	1187	313

ANZAHL VERTRETUNGEN IM AUSLAND PER 31.12.2015

	Total	DEZA-Präsenz	SECO-Präsenz
Kooperations- und Programmbüros	42	40	10
Integrierte Botschaften	17	17	7
Büros EU-Erweiterungsbeitrag	7	7	7
Total	66	64	24



Impressum

Herausgeber:

Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA
Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA
Freiburgstrasse 130
3003 Bern
Telefon +41 (0)58 462 44 12
www.deza.admin.ch
deza@eda.admin.ch

Eidg. Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF
Staatssekretariat für Wirtschaft SECO
Holzikofenweg 36
3003 Bern
Telefon +41 (0)58 464 09 10
www.seco-cooperation.admin.ch
info@seco-cooperation.ch

Redaktion/Koordination/Statistik:
Direktionsstab DEZA
SECO Kooperation

Grafik/Konzept:
Julia Curty, SUPERScript GmbH, Brugg b. Biel/Bienne
www.superscript.ch

Fotos:

Titelseite	Giacomo Pirozzi/Panos
Seite 3	Abbie Trayler-Smith/Panos
Seite 18	G.M.B. Akash/Panos

Druckerei:
Stämpfli AG
3001 Bern

Die Statistiken zum Jahresbericht sind in Deutsch,
Französisch, Italienisch und Englisch erhältlich.
Weitere Exemplare können bestellt werden bei
deza@eda.admin.ch oder über
Telefon +41 (0)58 462 44 12